

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

»Eine Vertrauensbasis darf man nicht missbrauchen«

Interview mit Erwin Lanc

**Kreisky heute?**

Ewald Walterskirchen

**Wie ticken die Salzburger?**

Karin Hofer und Stefan Wally

**Standard & Poor's und die Austeritätspolitik**

Helene Schubert



**WEEGEE  
RETROSPEKTIVE  
1932-1960**

WestLicht



# EDITORIAL

Wochenlang hat die Bestellung von Nikolaus Pelinka zum Büroleiter des Generaldirektors Österreichs Medienlandschaft beschäftigt. Dabei mangelte es nicht an Heuchelei: Von Zeitungszaren und Banken gesteuerte Medien sorgten sich plötzlich um unabhängigen Journalismus. Umgekehrt überraschte die angebliche Überraschung an der Parteispitze über die Wahrnehmung Pelinkas im ORF als von der SPÖ entsandter Oberzensor. Wehleidigkeit ist da unangebracht. Die Debatte sollte vielmehr zu denken geben: Erstens was man polit-strategisch alles falsch machen kann, um den ORF als von der SPÖ gelenkten Medienkonzern dastehen zu lassen, obwohl sich alle Welt einig ist, dass unter Wrabetz die ORF-Information unabhängiger ist denn je. Dass (medien-)politische GegnerInnen aufgelegte Elfmeter nutzen, sollte weniger empören, als der Umstand, dass ihnen diese Elfmeter aufgelegt werden. Und zweitens wäre es medienpolitisch längst überfällig, darüber nachzudenken, wie man Redaktionen allgemein von den wirtschaftlichen Interessen von EigentümerInnen und InserentInnen unabhängig machen kann.

In engem Zusammenhang mit der Staatsschulden-Krise und ihrem politischen Handling steht der Beitrag von **Albrecht von Lucke**. Er erkennt im **Krisenmanagement** und der politischen Selbstunterwerfung unter das Diktat der Finanzmärkte eine **rasante Entdemokratisierung** und deutliche **autoritäre Tendenzen** in Europas Politik.

In seiner Kolumne Fragen über Fragen beschäftigt sich **Caspar Einem** mit der **Preisgabe** aller **datenschutzrechtlicher Mindeststandards** in einem **Visa-Abkommen** mit den **USA**, das Österreichs Regierung in einem EU-weiten Alleingang bereits abgeschlossen hat und derzeit auf seine Ratifizierung im Nationalrat wartet.

Der Schwerpunkt dieses Heftes ist aber zum Abschluss des Jubiläumsjahres Bruno Kreisky gewidmet, der am 11. Jänner 101 Jahre alt geworden wäre.

In einem ausführlichen **Interview** zieht Kreiskys langjähriger politischer Weggefährte, **Erwin Lanc**, politische **Bilanz** über das **Jubiläum** und seine Bedeutung, seine **Zusammenarbeit** mit **Bruno Kreisky** und dessen Bedeutung für die Gegenwart.

Unter diesem Aspekt geht auch **Ewald Walterskirchen** der Frage nach, wofür **Kreiskys Wirtschaftspolitik** abseits der Mythenbildung stand und **was** daraus **für** die **Wirtschaftskrise der Gegenwart** zu lernen ist.

**Christian Dickinger** wiederum widmet sich **Ursachen und Erklärungsmustern** für die heftigste innerparteiliche Auseinandersetzung abseits der Olah-Krise, den **Kreisky-Androsch-Konflikt**.

An eine detaillierte **Milieuanalyse der Salzburger Gesellschaft** wagen sich in ihrem Beitrag **Karin Hofer** und **Stefan Wally**.

**Klaus Kienesberger** stellt in seiner Rezension den **Taungsband zu »Wehrmachtsjustiz«** vor.

Nach den **Buchtipps** zeigt **Helene Schubert** in ihrem **Schlusswort** dieser Ausgabe, warum es sinnvoll ist, in diesem Fall die Analyse ernst zu nehmen, gleichzeitig aber dennoch strukturell am System der Ratingagenturen zu rütteln.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!



# Inhalt



KONZERT IN HARLEM © WEEGEE/ICP, UM 1940

## 6 Das Ende Europas, wie wir es kennen

VON ALBRECHT VON LUCKE

## 11 Gibt es einen Himmel auf Erden?

FRAGEN ÜBER FRAGEN VON CASPAR EINEM

### Schwerpunkt **Bruno Kreisky**

## 14 »Eine Vertrauensbasis darf man nicht missbrauchen«

INTERVIEW MIT ERWIN LANC

## 22 Kreisky heute?

VON EWALD WALTERSKIRCHEN

## 28 Der Hahnenkampf der Alphatiere

VON CHRISTIAN DICKINGER

## 36 Wie ticken die Salzburger?

VON KARIN HOFER UND STEFAN WALLY

## 42 Wehrmachtsjustiz

VON KLAUS KIENESBERGE

## 44 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

## 46 Standard & Poor's und die Austeritätspolitik

SCHLUSSWORT VON HELENE SCHUBERTH

**IMPRESSUM Herausgeber:** Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, office@editionrot.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.<sup>a</sup> Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Mag. Ludwig Dvořák (geschäftsführend) **Redaktion:** Mag. Alessandro Barberi, Bernhard Bauer, Mag.<sup>a</sup> Elisabeth Felbermair, DSA Senad Laceyvic, Mag. Armin Puller, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.<sup>in</sup> Barbara Rosenberg, Mag. Artur Streimelweger, Mag.<sup>a</sup> Olivia Weiß **Production Manager:** Dr. Manfred Lang **Art Direction:** Gábor Békési **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt **Coverfoto:** Konzert in Harlem © WEEGEE/ICP, um 1940

### OFFENLEGUNG GEM. § 25 MEDIENGESETZ

Verleger mit Sitz in 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97, ist die edition rot GmbH Unternehmensgegenstand: allgemeine Verlagsaktivitäten, Herausgabe diverser Publikationen und Zeitschriften. Gesellschafter zu 100 % ist die Sozialdemokratische Partei Österreich. Herausgeber mit Sitz in 1014 Wien, Löwelstraße 18 ist die »Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft« (Mitglieder: Sozialdemokratische Partei Österreich, Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen, Gesellschaft für sozialdemokratische Medienpolitik, Merkur Unternehmensbeteiligung, Vermögensverwaltung und Finanzierungsvermittlung GmbH, Dr.-Karl-Renner-Institut). Blattlinie: »Zukunft« ist ein Organ der sozialdemokratischen Bewegung in Österreich. Die »Zukunft« sieht ihre Aufgabe vor allem darin, auf hohem Niveau Entwicklungen der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Kultur, Fragen der internationalen und österreichischen Politik zu analysieren und zu diskutieren.

# Das Ende Europas, wie wir es kennen

Für Albrecht von Lucke vollzieht sich unter dem von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel geprägten Schlagwort von der »marktkonformen Demokratie« derzeit ein Prozess radikaler Entdemokratisierung in Europa. Europas Krisenpolitik lasse die Macht der Finanzmärkte ungeschoren und begeben sich auf einen brandgefährlichen autoritären Kurs.

Europa erlebt derzeit eine fundamentale Transformation. Wollte man es pathetisch sagen, droht das Ende jener alten Welt, wie wir sie seit 1945 kennen. Der sozial wie demokratisch wohl am weitesten entwickelte Kontinent befindet sich auf einem Weg radikaler Entdemokratisierung und Entsolidarisierung, dessen Ende heute noch nicht absehbar ist.

Seit Beginn der Finanzkrise – und forciert durch die staatliche Rettung der Banken mittels eigener Verschuldung – ist die demokratische Souveränität der einzelnen Staaten ihrer schwersten Bewährungsprobe seit der autoritär-faschistischen Welle der 30er Jahre ausgesetzt und dabei zunehmend auf dem Rückzug. Erst traf es die Regierung Papandreou, dann die Regierung Berlusconi: Was einer allzu schwachen italienischen Linken in 51 Vertrauensfragen nicht gelang, nämlich den Cavaliere zu stürzen, besorgten die Märkte.

Nachdem Italien erst unter Kuratel des IWF gestellt worden war und damit bereits seine fiskalische Souveränität, die parlamentarische Haushaltshoheit, einbüßte, erzwangen die Finanzmärkte Berlusconis Rücktritt. Indem sie italienische Staatsanleihen mit immer höheren Risikoaufschlägen belegten, haben sie den Daumen über Italien gesenkt – und diverse jener Unternehmer gegen Berlusconi auf die Barrikaden getrieben, die jahrelang allzu gerne von dessen neoliberaler Politik profitierten.

Man kann daher – wie schon im Falle Griechenlands – getrost von einem Putsch der Märkte sprechen. Die Finanz-

märkte erzwingen sich heute gewissermaßen ihre eigenen Expertokratien. Sie sind es, die durchregieren. Angela Merkel spricht treffenderweise von der »marktkonformen Demokratie«, die heute geboten sei. Das aber ist ein entlarvender Begriff: Denn längst ist die Volksherrschaft keine souveräne mehr, sondern eine bloß simulierte, in steter Abhängigkeit von den Ausschlägen der Börsen. FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher hat Recht: Die Demokratie wird verramscht;<sup>1</sup> und aus Verfassungen, so könnte man ergänzen, werden Ramschpapiere. Denn, so bringt es der Philosoph Jürgen Habermas polemisch auf den Punkt: »Weniger Demokratie ist besser für die Märkte.«<sup>2</sup>

## SPARRIEMEN SCHULDENBREMSE

Der vorläufige Höhepunkt dieser Politik wurde auf dem Brüsseler Gipfel vom 9. Dezember vergangenen Jahres erreicht. Unter dem Schlagwort der Einführung einer europäischen Stabilitätsunion beschlossen die EU-Staats- und Regierungschefs weitreichende Verschärfungen der nationalstaatlichen Haushaltskontrolle in der Euro-Zone. Zentrale Mittel dafür sind Schuldenbremsen in allen nationalen Verfassungen und automatische Sanktionen gegen Defizitsünder. Zukünftig sollen die Euro-Staaten ihren Staatshaushalt grundsätzlich ausgleichen. Nur unter außergewöhnlichen Umständen oder im Falle schlechter Konjunktur wären Defizite weiterhin im Rahmen der Drei-Prozent-Grenze erlaubt.

Als Haushaltsausgleich gilt ein um Konjunkturreffekte bereinigtes strukturelles Defizit von nicht mehr als 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wird diese Grenze überschritten,

1. Frank Schirrmacher, Demokratie ist Ramsch, in: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ), 2.11.2011
2. Jürgen Habermas, Rettet die Würde der Demokratie, in: FAZ, 5.11.2011

wird ein »automatischer Korrekturmechanismus« in Gang gesetzt. Bei Überschreiten der Drei-Prozent-Defizitgrenze soll sogar die zwangsläufige Einleitung des Sanktionsverfahrens stehen. Nur mit einer qualifizierten Mehrheit der EU-Finanzminister wird diese zukünftig noch zu stoppen sein – was nach dem geltenden EU-Vertrag bisher nicht der Fall ist.

Gleichzeitig soll die EU-Kommission an der Aufstellung der nationalen Haushalte stärker beteiligt werden. Entspricht das Budget nicht den Vorschriften des Stabilitätspakts kann die Kommission einen veränderten Haushaltsentwurf verlangen. Wenn gegen ein Land ein Sanktionsverfahren wegen zu hoher Neuverschuldung in Gang gesetzt wurde, muss es ein verbindliches Reformprogramm zwecks Abbau seines Defizits bei der EU-Kommission abliefern.

Da nach dem Ausstieg Großbritanniens die nötige Einstimmigkeit für die erforderliche EU-Vertragsänderung auf dem Gipfel nicht erreicht wurde, wollen die 17 Euro-Staaten noch bis März 2012 einen eigenen Vertrag über die Maßnahmen abschließen. Die vom EU-Ratspräsidenten vorgeschlagene Einführung von Euro-Bonds wurde dagegen auf Druck Deutschlands gestrichen.

Sowohl mit der Einführung der Schuldenbremse als auch mit den vereinbarten Maßnahmekatalogen wird massiv in die Souveränität der betroffenen Nationalstaaten eingegriffen. Denn im Fall einer Abweichung von den Sparvorhaben entscheidet zukünftig nicht mehr die demokratisch gewählte nationale Volksvertretung, sondern die Expertokratie in Brüssel über die jeweiligen Staatshaushalte, ohne dass das europäische Parlament dabei eine nennenswerte Rolle spielen würde.

Mit der europaweiten Einführung der Schuldenbremse wird die vor allem von der deutschen Bundeskanzlerin propagierte Sparlogik für ganz Europa zum allein seligmachenden Maßstab. Diese Logik hat jedoch einen entscheidenden Haken: Sie geht nicht auf. Was die neuesten Brüsseler Be-

schlüsse bezwecken, ist nicht mehr und nicht weniger als die Quadratur des Kreises: Einerseits wollen sie in einer dramatischen Krisensituation sparen, und zwar koste es was es wolle, andererseits wollen sie die Staaten mit Wachstum aus der Krise führen. Das aber erinnert ganz fatal an die Brüningische Austeritätspolitik der frühen 30er Jahre. Wie in der Endphase der Weimarer Republik wird dieser radikale Sparkurs die einzelnen Staaten noch weiter in die Krise treiben – mit fatalen Konsequenzen für die betroffenen Staaten, aber auch für die Tektonik ganz Europas.

Denn was mittel- und langfristig geboten sein mag, die Konsolidierung der nationalstaatlichen Haushalten, ist kurzfristig nicht nur keine Lösung, sondern regelrecht kontraproduktiv. Die von den Beteiligten des Brüsseler Gipfels propagierte »Wende« hatte denn auch keine zwei Wochen Bestand. Dann traten – ironischerweise – erneut die Märkte in Erscheinung: diesmal allerdings als Gegenspieler der Sparpolitik, der sie damit umgehend ihre Untauglichkeit bescheinigten. Indem sie die Kurse Italiens und Griechenlands keineswegs heraufstufte, riefen sie die Europäische Zentralbank (EZB) auf den Plan, die den Bankenmarkt mit der ungeheuren Summe von fast 500 Milliarden Euro flutete. Damit wollte die EZB eine erneute Bankenpleite wie 2008 vermeiden. Der akute Grund: Aufgrund der unsicheren Lage der Staaten – und damit ihrer Staatsanleihen – drohen sich die Banken kein Geld mehr zu leihen, weil sie neuerliche Crashes und damit den Verlust ihrer Kredite fürchten.

## LETZTER AUSWEG NOTENPRESSE

Damit stehen wir vor den Trümmern dieser völlig einseitigen Sparstrategie. Keiner der zum Sparen vergatterten Staaten ist in irgendeiner Weise gesichert bzw. auf dem Wege, neues Wachstum aus sich heraus zu generieren. Auch deshalb steht der Kontinent erneut vor dem Abgrund – und vor einer fatalen Alternative: Entweder Griechenland als der gegenwärtig hoffnungsloseste Kandidat verlässt den Euro-Raum – vielleicht wäre diese Konsequenz bei den richtigen und rechtzeitigen

Hilfsmaßnahmen vor einem Jahr vermeidbar gewesen –, womit aber das grundsätzliche Problem keineswegs gelöst ist, da mit Italien (oder gar Frankreich) schon die nächsten Pleitekandidaten warten. Oder aber die Rettungsmaßnahmen werden in ganz andere Dimensionen vorangetrieben. Dafür spricht derzeit das meiste. Am Ende dürfte daher doch, wie von US-Präsident Barack Obama, aber auch von Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman schon lange gefordert, die Notenpresse stehen, sprich: der Druck frischen Geldes durch die EZB.

Auch in der Merkelschen Überwältigungsrhetorik des »Stirbt der Euro, stirbt Europa« müsste am Ende tatsächlich die Übergabe der fiskalischen Souveränität an die Europäische Notenbank stehen – als *lender of last resort* (Kreditgeber der letzten Zuflucht), der für sämtliche Einlagen und Kredite haftet. Die EZB könnte dann, wie die US-amerikanische FED, unbegrenzt Geld schöpfen und so jede weitere Spekulation gegen den Euro im Keime ersticken – wenn auch unter Inkaufnahme erheblicher Inflationsrisiken.

Für diesen Weg spricht schließlich auch das Eigeninteresse der EZB, deren Existenz mit dem Überleben des Euro steht oder fällt. Der von EZB-Chef Mario Draghi bereits eingeschlagene Weg deutet denn auch auf die »Lösung« des Problems mithilfe massenhaften billigen Geldes.

Auch hinter dieser europäischen Lösung mithilfe der EZB verbirgt sich jedoch ein Problem demokratischer Souveränität: Denn die deutsche Bevölkerung ist – genau wie alle anderen – niemals zu dieser Frage der Geldschöpfung befragt worden. Bisher hatte die EZB – ganz wie die einstige deutsche Bundesbank – in erster Linie für die Geldwertstabilität zu sorgen. Der akute Regelungsbedarf in der EU ist dem Stand der nationalstaatlichen Demokratien also auch an diesem Punkt weit enteilt. Es herrscht ein demokratisches Souveränitätsvakuum auf EU-Ebene. Deshalb erleben wir heute in Europa einen permanenten autoritären Überschuss, mit radikal antidemokratischen Folgen.

### DAS COMEBACK DER DEUTSCHEN FRAGE

Und mit einer weiteren fatalen Konsequenz: Plötzlich ist die deutsche Frage wieder auf dem Tapet. Das Beispiel Griechenland zeigt: Am deutschen Wesen lässt sich nicht die ganze EU genesen. Denn was des einen Exportüberschüsse, sind des anderen Schulden. Oder anders ausgedrückt: Ohne eine Änderung der deutschen Wirtschaftspolitik, deren Erfolg (wie im globalen Maßstab der chinesische) auf jahrelanger Senkung der Lohnstückkosten durch Lohnzurückhaltung basiert, wird es daher keine Lösung der EU-Krise geben.

Auch daher war das deutsche Spardiktat von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Faktisch ist Deutschland dadurch in eine fatale neue und gleichzeitig alte Rolle in Europa geraten – der des halbentwickelten Hegemons in der Mitte des Kontinents, zu schwach für die Hegemonie, aber zu stark für das Gleichgewicht der Staaten. Dahinter verbirgt sich ein gravierendes Dilemma: Einerseits wird von Deutschland in Europa Führung verlangt, andererseits wird Deutschland – und explizit die Kanzlerin – für ihre rigide Umsetzung der Führungsrolle als Spardomina Europas gescholten. Menschen zu etwas zu zwingen, kommt eben nie gut an, auch wenn es zu ihrem »Glück« sein soll.

Hier aber liegt ein ganz eigener Kollateralschaden des letzten Jahres: Das deutsche Image hat sich im letzten Jahr entscheidend gewandelt. Deutschland wurde vom Zahlmeister zum Zuchtmeister Europas – mit der einsamen Zeremonienmeisterin namens Angela Merkel an der Spitze.

Dadurch aber gerät die große Errungenschaft der EU in Gefahr, die Entfeindung zwischen den Staaten. Wie schnell die eingeübte Befreundung in Europa fragil werden kann, zeigen die Hetzartikel der »Bild«-Zeitung gegen »die Griechen«, aber auch die Proteste in Athen, wo regelmäßig Deutschlandfahnen mit Nazi-Emblem gezeigt werden. Wie schreibt zu Recht die französische *Libération*: »Es herrscht ein schmutziges Klima in der EU. Und die Beziehungen zwischen den

Mitgliedsländern sind auf gefährliche Weise brutal geworden. Dabei gehören sie einer politischen Konstruktion an, die geschaffen wurde, um eben diese alte Form der internationalen Beziehungen – wo die Starken die Schwachen dominierten – zu überwinden.«<sup>3</sup> Insbesondere die Einbeziehung des Anderen, auch und gerade der schwächeren Staaten, gehörte von Beginn an zu den politischen Prinzipien der EU und wurde nicht zuletzt von deutscher Seite, von Adenauer bis Kohl, stets beherzigt.

### VON DER EINBEZIEHUNG ZUR AUSGRENZUNG

Doch hier zeigt sich das eigentliche, tiefer liegende Problem: Seit 2008, seit der Pleite von Lehman Brothers, wird dieses politische Leitprinzip der EU immer mehr außer Kraft gesetzt. Denn seither herrscht in der Europäischen Union faktisch der Ausnahmezustand, hat sich die Politik insgesamt ihres Primats begeben. Seither wird auch in der EU alles der obersten Maxime – der Rettung der systemrelevanten Banken – untergeordnet. Letztlich ging es auch bei der Rettung Griechenlands und Italiens stets in erster Linie um die Rettung der involvierten europäischen Geldhäuser und um die Verhinderung von Ansteckungseffekten. Daher zuallererst der Aufschrei der anderen Regierungen in Europa – nicht aus Sorge um die griechische oder italienische Zukunft.

Der eigentliche Souveränitätsverlust der europäischen Staaten fand daher zu einem anderen Zeitpunkt statt, nämlich als die Staaten die Banken mit Milliarden aus der Malaise befreiten und sich nicht ihrerseits Zugriff auf die Macht in den Geldhäusern und auf den Finanzmärkten verschafften. Selbst Ex-Finanzminister Peer Steinbrück musste unlängst eingestehen, dass es ein Fehler war, damals auf die bloße Freiwilligkeit der Banken gesetzt zu haben.

Heute sind wir aufgrund dieses Fehlers einen dramatischen Schritt weiter. Die Staaten haben sich durch die Rettung der Banken zusätzlich verschuldet und dem Diktat der Märkte ausgeliefert. Griechenland und Italien haben sich heute be-

reits einer autoritären Übergangsregierung überschrieben, die anstelle von Wahlen durch rein ökonomische Imperative bestimmt wird. Tatsächlich befindet sich in der gesamten italienischen Regierung, Staatssekretäre eingeschlossen, kein einziger gewählter (Partei-)Politiker mehr.

Das Problem bei alledem: Was kommt nach dem Übergang? Was mit Hilfe einer Notstandsregierung zu einer ökonomischen Sanierung des Staates führen soll, könnte auch zu einem quasi-diktatorischen Dauerübergang werden. Denn jede kommissarische oder Übergangs-Regierung, das zeigt die Geschichte, unterliegt der Versuchung, ihre Amtsgeschäfte so lange wie möglich auszudehnen. Solange faktisch der Sachzwang der Finanzmärkte weiter regiert, ist dies jedenfalls die ideale Begründung für Übergangsregierungen auf Dauer. Auch hier ist Angela Merkels Forderung nach einer »marktkonformen Demokratie« beredt. Was nämlich kann das andere heißen, als dass sich die Politik in Zukunft stets zuerst an den ökonomischen Sachzwängen orientiert, bevor sie selbst zur ausführenden Tat schreitet? Natürlich ganz alternativlos – und immer getreu dem Diktat der Finanzmärkte. Und das laut Merkel für eine ganze Dekade, solange nämlich werde die europäische Krise noch dauern.<sup>4</sup>

Deshalb befinden wir uns heute an einer Wegscheide: Die letzten beiden Jahrzehnte waren geprägt durch die Figur des Populisten vom Typus Haider und Berlusconi; diese Dekade könnte geprägt werden durch die Figur des Experten. Denn das Heil bescheinigen heute die Finanzmärkte, und der neue Heilsbringer ist vom Schlage »Super-Mario« Montis.

### AUTORITÄR REGIERT ES SICH LEICHTER

Andere Kontinente wissen es längst: Autoritär regiert es sich leichter. Dieses Wissen verbindet die Finanzmärkte mit den Autokraten dieser Welt, ob in China, Russland oder der Türkei. Und auch die Regierungschefs der EU spüren unter dem Druck der Märkte immer stärker die autoritäre Versuchung. Bereits 1997 hatte Ralf Dahrendorf davor gewarnt, dass wir

5. In »Die Zeit«, 14.11.1997

uns »An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert« befinden.<sup>5</sup> Momentan nimmt dieser neue Autoritarismus in Riesenschritten Kontur an. In Italien wie Griechenland wurden bereits Übergangsregierungen aus »Experten« gebildet, ohne vorausgegangene Wahl. Andere Länder könnten diesem Beispiel folgen. In der politischen Theorie – wie auch in der realen Geschichte, nämlich der römischen – kennt man dafür durchaus ein Vorbild: die kommissarische Diktatur. Sie hebt die geltende Verfassung samt ihrer demokratischen Regelungen befristet auf, jedoch gerade mit dem Ziel, ihren grundsätzlichen Bestand zu schützen. Diese Form der Diktatur ist eng gekoppelt an den Ausnahmezustand als notwendige Voraussetzung. Dieser ist gegeben, wenn Existenz oder Grundfunktionen eines Staates von der maßgeblichen Instanz als akut bedroht angesehen werden.

### TRANSFORMATION DER DEMOKRATIE

Genau dieser Fall liegt in Griechenland und in Italien vor: Von der maßgeblichen Instanz, nämlich den Finanzmärkten, wurden beide Staaten samt ihrer gewählten Regierungen quasi entmündigt. Die Transformation der Demokratie schreitet somit munter voran.

In jedem Falle wächst die Sehnsucht nach Führung und die autoritäre Versuchung – auch durch das Versagen vieler Parteien und Politiker, weit über Griechenland und Italien hinaus. Dennoch sollte man sich bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass gerade im Süden Europas die Demokratie – auch wenn sie dort alte Wurzeln hat – in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts keineswegs fest verankert war. Das betrifft das Regime der Obristen in Griechenland (bis 1974), die Franco-Diktatur in Spanien (bis 1975), aber auch das Salazar-Regime in Portugal (bis zur Nelkenrevolution 1974). Salazars *Estado Novo*, sein »Neuer Staat« der Experten, wurde in erster Linie mit dem Bedürfnis nach wirtschaftlicher Stabilität legitimiert. Auch damals waren es die ökonomischen Sachzwänge, die nach einer unpolitischen Regierung aus bloßen »Technikern« verlangten.

Eines steht daher heute bereits fest: Ohne die Entmachtung der Finanzmärkte und die Wiederherstellung des Primats der Politik werden die Europäer ihre demokratische Souveränität nicht wiedererlangen. 

**ALBRECHT VON LUCKE**

ist Jurist und Politikwissenschaftler und Redakteur des Monatsmagazins »Blätter für deutsche und internationale Politik« ([www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)).

# Gibt es einen Himmel auf Erden?

**H**aben Sie sich schon mal gefragt, welche Fragen Petrus am Himmelstor stellen würde – falls es ihn dort gibt – bevor er einen Neuankömmling – männlich oder weiblich – in den Himmel einlässt? Wäre es denkbar, dass die Religionsgemeinschaft, der der Neuankömmling vor seinem Tod angehört hat, eine Vereinbarung mit Petrus hat, in der festgelegt ist, welche Informationen jedenfalls an ihn zu melden sind, bevor an einen Einlass gedacht werden kann? Oder muss sich Petrus die gewünschten Informationen selbst beschaffen?

Ich bin mir nicht sicher, ob solche Überlegungen nicht zu weit gehen. Ich denke, dass gerade im Falle von uns Österreichern die Bundesregierung beschließen würde, dass alle Österreicherinnen und Österreicher würdig sind, in den Himmel zu kommen und dass dies dann der Bundespräsident namens der Republik Österreich an den zuständigen Empfänger im Himmel übermitteln würde. So könnte sich Petrus, wie im Begleitbrief erläutert, eine eigenständige Recherche ersparen.

Was aber, wenn die Realität ganz anders wäre? Was, wenn der Himmel nicht in den blauen Lüften wäre, sondern auf Erden und wenn es einfach die Vereinigten Staaten von Amerika wären? Deren Vertreter verlangen jedenfalls detaillierte Informationen über Neuankömmlinge und würden den visafreien Eintritt in das Reich des Guten jedem verwehren, über den diese Informationen nicht geliefert werden. Und manches an den Wünschen des amerikanischen Petrus erinnert tatsächlich daran, dass es sich vielleicht doch um den Eintritt in das Himmelreich handeln könnte. Verlangt werden eben nicht nur Fingerabdrücke und DNA-Profile – das ließe ja noch an irdische Mächte glauben, die nur ihre polizeilichen Ermittlungsaufgaben besser zu erfüllen trachten.

Was schon eher an ein Jenseits glauben lässt ist, dass daneben auch Daten zur politischen Einstellung, zur sexuellen Orientierung, der Religionszugehörigkeit und auch zu Ge-

werkschaftsmitgliedschaften usw. gehören. Erinnert das nicht an religiöse Anforderungen, wiewohl mehr als hundert Jahre zurück liegende?

Wenn man dazu neigt, sich Fragen zu stellen, dann könnte man sich auch fragen, woher all diese von den USA gewünschten Daten eigentlich kommen sollen. Wer verfügt über Informationen zu unseren politischen Einstellungen, zu unserer sexuellen Orientierung, zu unseren Mitgliedschaften in religiösen oder gewerkschaftlichen Organisationen und zwar so, dass sie ohne weiteres weiter gegeben werden könnten?

Nun: Anders als in meiner weiter oben angestellten Vermutung über das Verhalten der österreichischen Regierung zum Himmelseintritt aller Österreicher war diese Regierung allerdings durchaus bereit, all diese von den USA verlangten Daten zu liefern und hat ein entsprechendes bilaterales Abkommen trotz aller datenschutzrechtlichen Einwände und Bedenken unterzeichnet. Und damit nicht genug: Österreichs Regierung hat zu allem Überfluss auch noch gemeint, diese Frage lieber selbst und alleine lösen zu müssen – aus einer Position der Stärke gegenüber den USA? –, statt einer Einbindung in Verhandlungen der EU mit den USA. Die eine Frage dazu lautet daher: Was haben sich die Verantwortlichen da eigentlich gedacht?

Und die andere: Wie weit wollen wir in die Knie gehen, um in die USA visafrei einreisen zu dürfen? Ist das der Himmel auf Erden, für den sich der Kniefall lohnt?

PS.: Noch kann das zwischen Österreich und den USA unterzeichnete Abkommen nicht in Kraft treten. Es fehlt die Zustimmung des Parlaments. Diesmal umgibt es ein leicht himmlisches Licht der Demokratie. 

# WEEGEE RETROSPEKTIVE 1932–1960

Gewalt, Verkehrsunfälle und Brandkatastrophen waren sein Spezialgebiet. Fotografien aus nächster Nähe sein Markenzeichen: Nächtliche Gestalten auf den Straßen New Yorks, vom Blitzlicht gebleicht. Seine spektakulären Aufnahmen wurden regelmäßig in allen großen Boulevardzeitungen veröffentlicht. Die Aufnahmen gehören zweifelsohne zum Wichtigsten, was das Genre der so genannten *street photography* hervorgebracht hat. Sie inspirierten Künstler wie Stanley Kubrick, Diane Arbus oder Andy Warhol.

Längst überfällig, präsentiert WestLicht nun die erste Retrospektive Weegees in Wien. Rund 250 Vintage Prints des legendären Fotografen, der 1899 als Usher Fellig geboren wurde, spiegeln die Lebenswirklichkeit der urbanen Arbeiterklasse um die Jahrhundertmitte wider. Ergänzend werden ausgewählte Bücher vorgestellt, allen voran *Naked City*, Weegees erster eigener Bildband, der seine gesamte Schaffensbreite zeigt. 1945 erschienen und als fotografische Sensation gefeiert, gilt es mittlerweile als das bedeutendste und einflussreichste Fotobuch über New York.

Das Bedürfnis zu gaffen, scheint dabei das eigentliche Thema zu sein – verkörpert in zahlreichen Aufnahmen von schaulustigen Menschen, wie sie die Folgen von Mord und Totschlag sowie Armut und Obdachlosigkeit, Krawalle, Paraden, Filmpremieren und Bühnenshows betrachten. Neben diesem Voyeurismus ist es vor allem ein sensibler Dokumentarismus, der Weegees Reportagen kennzeichnet. Die Kritik am Mythos der Klassenlosigkeit und am Rassismus des amerikanischen Gesellschaftssystems.

Die Ausstellung entstand in Zusammenarbeit mit der Auer Photo Foundation, Hermance (Schweiz).

---

**WestLicht. Schauplatz für Fotografie**

[www.westlicht.com](http://www.westlicht.com)

Bis 12. Februar 2012

Di, Mi, Fr: 14 bis 19 Uhr

Do: 14 bis 21 Uhr

Sa, So, Fei: 11 bis 19 Uhr



**YORK IS A  
HANDLY TOWN**

# »Eine Vertrauensbasis darf man nicht missbrauchen«

**Im Interview mit** Erwin Lanc erinnert sich der langjährige politische Weggefährte Bruno Kreiskys an Aufstieg und Erfolg der SPÖ und zieht Bilanz über das Kreisky-Jubiläumsjahr und die sich verändernde Rezeption einer politischen Ära. Für die heutige Sozialdemokratie wünscht sich Lanc, aus Kreiskys Politik zu lernen, um die Dinge anders angehen zu können, als in den letzten knapp 30 Jahren. Das Interview wurde für die ZUKUNFT von Alessandro Barberi und Ludwig Dvořák geführt.

*ZUKUNFT: Am 11. Jänner wäre Bruno Kreisky 101 Jahre alt geworden. Damit ist das Kreisky-Gedenkjahr zu Ende gegangen. Was ist Deine Bilanz und was ist für Dich das Wichtigste an diesem Jubiläum gewesen?*

Erwin Lanc: Das Gedenkjahr ist eigentlich wesentlich besser gelaufen, als wir uns das vor anderthalb Jahren im Vorstand des Kreisky-Archivs erwartet hatten, auch medial. Die durchaus nicht – auch nicht durch Inserate – von uns abhängigen Medien haben sehr ausführlich und relativ objektiv berichtet. Das Jubiläum hat für die breite Öffentlichkeit damit auch eine Gelegenheit geboten, darüber nachzudenken, dass man die Dinge politisch anders angehen kann, als es seit dem Ende der Regierung Kreisky gemacht wurde. Das betrifft ja nicht nur die letzten zehn Jahre, auch wenn manche heute jene Weisheit entwickeln, die sie damals nicht zur Verfügung hatten.

*So ein Jubiläum ist natürlich auch immer Anlass, Geschichte Revue passieren zu lassen. Du bist 1966 erstmals in den Nationalrat eingezogen ...*

Ja, das war eine der vielen Geschichten des Listenwahlrechts. Eigentlich war ja der Wiener Parteiboss und Finanzstadtrat Felix Slavik Listen erster in meinem Wahlkreis und Parteivorsitzender Pittermann hatte ihm in Aussicht gestellt, im Falle eines Wahlsiegs Finanzminister zu werden. Die große Wahlniederlage und die absolute Mehrheit der ÖVP machte diese Pläne zunichte und Slavik wollte nun natürlich in Wien bleiben. Und so bin ich als Listennächster in den Nationalrat eingezogen.

*Wie hast du die Reaktion auf diese Niederlage erlebt?*

Direkter Ausfluss dieser tief empfundenen Enttäuschung über das Wahlergebnis, aber auch des Olah-Konflikts war der Parteitag 1967. Man darf nicht vergessen, welche Enttäuschung und welche Risse damals bestanden: In meinem Bezirk, Margareten, hat die neu gegründete Partei Olahs auf Anhieb 7,8 % der Stimmen erhalten! Zugleich gab es in den Bundesländern einen Trend zur Föderalisierung der Partei. Der Vorwurf war, dass zwar in Wien alles entschieden würde, in den Bundesländern aber die Konsequenzen zu tragen wären. Der Parteitag 1967 wurde so zur Abrechnung mit jenen, die man, ob nun zu Recht oder zu Unrecht, für die Niederlage 1966 verantwortlich machte. Als Jungspund mit 36 Jahren hielt ich Ausschau, wer folgen könnte, wenn Pittermann nicht mehr gewählt würde. Auch wenn ich zu ihm ein gutes Verhältnis hatte und mir sehr missfiel, wie er in der Auseinandersetzung mit Olah angegriffen worden war, war ich Realist genug, um zu erkennen, dass Pittermann nicht zu halten war und für die Partei auch keine Zukunftsperspektive brachte.

*Welche personellen Alternativen bestanden?*

Einige Bundesländerorganisationen haben Hans Sima aus Kärnten ins Spiel gebracht. Das war sicher ein Riesenvorteil für den zweiten gehandelten Bundesländer-Kandidaten, Bruno Kreisky. Der galt als niederösterreichischer Vorsitzender nicht als Wiener, er galt nicht als Pittermann-Loyalist, was ihm auch viele angekreidet haben, und er war Obmann der zweitstärksten Landesorganisation. Das war eine günstige

ge Voraussetzung für ihn. Gemeinsam mit seinen nicht näher zu begründenden persönlichen und intellektuellen Voraussetzungen hat mich das dazu bewogen, ihn voll und ganz zu unterstützen.

*Die Wiener Landesorganisation war ja mehrheitlich nicht für Kreisky?*

Meine Unterstützung für Kreisky hat mir in Wien sicherlich nicht nur Freunde gebracht. Es hat ja in einigen Bezirken schon aus meiner Zeit in der Sozialistischen Jugend, wo ich mit Ernst Nedwed und Edgar Schranz am linken Flügel stand, Vorbehalte gegeben. Meine Unterstützung für Kreisky hat manche Ressentiments gegen mich dann noch verstärkt und das sollte sich auch Jahre später noch auswirken. Es bestand aber in Wien keine einheitliche Haltung. In meinem Bezirk z.B. habe ich auf der Bezirkskonferenz eine Testabstimmung gemacht: Fast auf die Stimme genau war die Hälfte für Kreisky, die andere Hälfte für Pittermann. Ich habe das dann so gelöst, dass ich für Kreisky gestimmt habe und unser zweiter Delegierter, unser Bezirkssekretär, der ohnehin mehr Pittermann zugeneigt war, dessen Linie verfolgen sollte. Und so wie es bei mir im Bezirk war, war es in ganz Wien. Vielleicht haben die Bemühungen von Schranz, mir und anderen dazu beigetragen die Wiener Stimmen für Kreisky von 40 auf 50% zu heben, mehr war es nicht.

*Und der Parteitag selbst?*

Der war sehr lebendig, die Gewerkschaftsfraktion war ja noch gegen Kreisky, dessen Gegenkandidat am Parteitag Hans Czettel hieß. Der war vorgeschickt worden, als absehbar wurde, dass Pittermann nicht zu halten war. Ich mochte ihn persönlich gerne, aber er war eben nicht annähernd so gut geeignet wie Kreisky. Es war also spannend. Edgar Schranz und ich sind dann Kreisky kurz vor der Abstimmung am WC begegnet und ich habe optimistisch gemutmaß: »50 Prozent der Wiener hast du, das wird sich ausgehen«. Darauf meinte er: »Ich

weiß gar nicht, ob es gut ist, wenn ein Jude Parteivorsitzender wird.« Worauf ich nur sagen konnte: »Du, das kann doch heute keine Rolle mehr spielen.« Er darauf: »Ja, das haben sie beim Bauer auch geglaubt.« Das hat ihn offenbar emotional wirklich beschäftigt. Kreisky hat dann 70 Prozent der Stimmen bekommen. Daran muss ich immer denken, wenn manche heute jammern, dass ein Vorsitzender weniger als 99,9 Prozent der Stimmen bekommt. Man kann nicht den Verfall demokratischer Sitten beklagen und dann immer volksdemokratische Ergebnisse verlangen.

*Von der großen Niederlage 1966 und dem Parteitag 1967 hat es die SPÖ unter Kreisky bis 1970 zur relativen Mehrheit geschafft. Was war dafür ausschlaggebend?*

Nun, wir haben natürlich im Parlament gute Presse gehabt, das war ja neu, dass es eine starke Opposition gibt und das haben wir genutzt. Aber ganz entscheidend war die Programmarbeit. Zum einen natürlich inhaltlich und als politische Orientierung. Ich glaube aber, was man meiner Meinung nach völlig unterschätzt und was auch in der mir bekannten Literatur keine Erwähnung findet, ist die innerparteiliche Wirkung des Programms. Kreisky ist es mit der Programmarbeit gelungen, eine doch einigermaßen gespaltene Partei zu einen. Man muss sich vor Augen halten: Es gab eine Abspaltung Olah und 30 Prozent der Parteitagsdelegierten waren gegen Kreisky. Wenn ich das, was nicht ganz zulässig ist, zusammenrechne, sind das mehr als ein Drittel. Durch die Inhaltsarbeit wurden jetzt auch die Kreisky-kritischen Kräfte eingebunden, man hat ihnen auch in der Debatte Beachtung geschenkt. Und insofern war das ein Integrationsprozess und das war für die Kampfkraft wahrscheinlich wichtiger als alles andere.

*Also die solide programmatische Klarheit war Voraussetzung des Erfolgs?*

Die organisatorische Schwungkraft der Partei war sicher in höherem Maße gegeben als vor Ausbruch der Olah-Krise.

Und es war allen, die zur Wahl gegangen sind, klar, was sie da wählen. Die Programme haben alle gesellschaftlich wesentlichen Bereiche abgedeckt. Den Menschen war klar: Wenn wir die wählen, dann machen sie das. Das haben sie uns auch geglaubt. Das hat man dann bei den Neuwahlen 1971 gemerkt. Da haben die Leute gesagt: »Das haben sie jetzt gemacht und wenn wir sie wieder wählen, dann werden sie den Rest auch machen.« Daran konnte auch der Ölpreisschock 1973, der ja auch in Österreich eine kurze Rezession bewirkt hat und verheerende Auswirkungen auf die Leistungsbilanz hatte, nichts ändern.

Es war eine Vertrauensbasis da, die darf man eben nicht missbrauchen, dann wird auch akzeptiert, wenn man auf Unvorhergesehenes reagieren muss. Sachen wie der autofreie Tag waren ja nicht populär, aber man hat uns abgenommen, dass das jetzt notwendig ist. Weil wir ansonsten Wort gehalten haben und viele, spürbare Verbesserungen vorgenommen haben. Nur ein Beispiel: Als ich 1973 Verkehrsminister wurde, konnten 250.000 Menschen überhaupt keinen Telefonanschluss bekommen, weil die Infrastruktur fehlte. Als ich 1977 Innenminister wurde, war das bereits gelöst.

*Eine Partei, die vor der Wahl etwas verspricht und nach der Wahl ihre Versprechen umsetzt – das geht heute ja vielen schmerzlich ab. Dabei gab es ja auch in der Ära Kreisky viele hoch umstrittene Themen. Woher kam diese Energie, dieses große Reformprogramm abzuarbeiten?*

Also da hat natürlich die Interpretationsfähigkeit des Parteivorsitzenden eine sehr große Rolle gespielt, obwohl die vielleicht in der Nachbetrachtung sogar fast überschätzt wird. Aber es wurde auch immer der Kontakt gesucht. Beim Budget gab es unumstößliche Grundsätze: Das Budget war fristgerecht zur Behandlung im Parlament. Dann hatten die Minister offen in die Ausschussberatungen zu gehen. Und wenn die Beratungen Montag bis Donnerstagabend waren, dann sind ab Donnerstagabend bis Sonntagabend alle Regierungsmit-

glieder, jeder Minister, jeder Staatssekretär, aufgebrochen und durch die Lande gezogen und haben erläutert, was wir mit diesem Budget vorhaben. Nur als Beispiel, so wie ich haben das alle gemacht: Ich bin um acht Uhr Früh in Gaweinstal gestartet und in 16 Stationen über Drasenhofen bis Laa an der Thaya, wo dann am Abend die Schlusskundgebung vor 2.000 Leuten war. Und da habe ich dann eben erklärt, was wir machen und was wir nicht machen. Es war ja auch nicht so, dass wir alles auf einmal hätten machen können. Da habe ich dann halt gesagt, »soundso viele Telefone gibt es bei euch, soundso viele können noch keinen Anschluss bekommen. Als erstes machen wir jetzt aber Wiener Neustadt und Sankt Pölten, weil da amortisieren sich die Investitionen in zwei Jahren und bei Euch erst in zwanzig Jahren, und darum machen wir es zuerst dort und mit dem Geld machen wir es dann in zwei Jahren bei Euch.« Und mein Sekretär hat unsere Nummer verteilt. Falls etwas nicht klappte, konnte man sich umgehend bei uns melden.

*Also ihr habt stark auf den persönlichen Kontakt gesetzt?*

Ja, das haben wir alle so gemacht, in allen Ressorts. Wir haben eine Viertelmillion Menschen jeden Herbst direkt angesprochen. Manchmal haben wir da auch etwas abgekriegt, so z. B. in Friesach, wo die Bundesbahn etwas verbochen hatte. Es haben uns also nicht immer alle zugejubelt, also mir zumindest nicht, beim Bruno war das wahrscheinlich anders (*lacht*). Aber wir haben jedenfalls mitbekommen, was die Leute bewegt und umgekehrt haben wir erklären können, was wir alles machen, weil wir hatten da ja auch etwas zu erzählen. Die Menschen haben sich beteiligt gefühlt.

*Erste Schatten auf die glänzende Ära fielen ja mit dem beginnenden Konflikt zwischen Bruno Kreisky und Hannes Androsch. Es wird ja häufig spekuliert, was für den Bruch ausschlaggebend war, ein persönlicher Konflikt, politische Differenzen, oder ein ganz unterschiedliches Bild über das korrekte Verhalten eines sozialistischen Politikers – Stichwort Consultatio?*

Ich war ja nicht unbedingt ein Sympathisant von Hannes Androsch, aber wir hatten immer ein korrektes Arbeitsverhältnis. Der Konflikt mit Kreisky hatte natürlich mehrere Ursachen. Ein Konfliktstrang war sicherlich die Sache mit der Nationalbank. Kreisky hatte Androsch in der Nachfolge von Rudi Häuser 1975 zum Vizekanzler gemacht, Androsch wollte in die ÖNB wechseln *[und deren Präsident werden, Anm.]*. Kreisky hatte an sich schon kein gutes Verhältnis zu Banken, er hat es aber Androsch sicherlich besonders übel genommen, dass der es vorgezogen hätte, Bankmanager zu werden, obwohl er ihm den Weg an die Spitze von Partei und Regierung zu ebnen bereit war. Die Auseinandersetzung um die Consultatio war dann vielleicht noch der Tupfen auf dem i. Ich habe da keine abschließende Einschätzung aus eigener Wahrnehmung. Es war sicher ein Amalgam. Wenn einer einmal misstrauisch wird, dann nimmt er manche Sachen auch ernster.

Der Bruno war misstrauisch, er hatte ja in seinem Leben viele gute Gründe es zu werden. Auch mein erster Kontakt mit ihm Anfang der 60er-Jahre beruhte ja darauf, dass man ihm zugetragen hatte, ich hätte mich abfällig über ihn geäußert, was eine Verleumdung war. Anders als zwischen ihm und Androsch hat sich nach der entsprechenden Klärung unser Verhältnis dann aber gegenläufig ins Positive verändert.

*Kannst du der These des Vater-Sohn-Konflikts etwas abgewinnen?*

Naja, das klingt immer ganz g'schmackig. Aber ich meine schon, dass da eher politische Gründe und Fragen des Vertrauens ausschlaggebend waren.

*Wenn wir von der Ära Kreisky reden, dann hat die Regierung ja sicherlich mehr fortschrittliche Reformen durchgesetzt als alle anderen seither zusammen. Wie war eigentlich die Partei in die Regierungsarbeit eingebunden?*

Worum wir uns vielleicht damals zu wenig gekümmert haben war der Kontakt von den Sektionen, von den Bezirken zur

Wählerschaft. Die Vertrauensleute waren oft später informiert als die Leute, die bei unseren Direktveranstaltungen waren. Das betraf vor allem die Bezirke, ich selbst war ja seit 1966 Bezirksvorsitzender. Jetzt habe ich mich natürlich bemüht, auch bei mir im Bezirk alles offen zu berichten, auch dafür war ich ja in der Wiener Partei verschrien. Die haben mir immer vorgeworfen, dass ich zu demokratisch bin, das hat mir ja wieder nur Feinde gebracht (*lacht*). Dass ich einmal über mehrere Bezirksvorsteher-Kandidaten geheim abstimmen habe lassen, galt als Sakrileg. Aber das Problem hatten wir, dass viele Vertrauensleute geklagt haben: »Wir erfahren alles nur aus der Zeitung.« Die höher gestellten Funktionäre hatten einen anderen klagenden Sager: »Wenn Du einen Termin beim Kreisky brauchst, musst du beim vsstö Mitglied sein, dann wirst Du in die Löwelstraße eingeladen und bekommst auch noch ein Paar Würstel.«

*Im Vorjahr ist Kreiskys Sohn Peter verstorben. Er hat ja auch in der SPÖ oft angeeckt, als er gegen den Ausschluss des SDS aus der SPD protestierte, gab es ja um Heinz Nittel Stimmen, die ihn ausschließen wollten. In dieser Frage hast du ja eine wichtige Rolle gehabt, wie war deine Wahrnehmung dazu?*

Naja, also das soll man nicht überbewerten. Bei einer Tagung der Jugend-Internationale stand diese Frage des SDS am Programm und Peter hat entgegen der offiziellen Linie eben seinen Standpunkt vertreten. Der Heinz Nittel war ja damals hauptsächlich Jugendfunktionär, ich habe mich mit ihm bis zu seinem tragischen Ende persönlich immer gut verstanden, auch wenn wir politisch fast immer anderer Meinung waren. Er war mehr der kernige Parteisoldat und war da mehr für das schematisierte Vorgehen: »Hat gegen die Linie verstoßen, gehört raus.« Der Edgar Schranz, ich und andere haben halt den Standpunkt vertreten, dass wir eigentlich in der Wiener Partei keine Linie dazu brauchen, ob in Deutschland irgendwer zur SPD gehört oder nicht und dass sie sich das in der Jugend-Internationale ausmachen sollen. Das war's dann. Es war in anderen Fällen, in der ganzen Studentenfrage, wo Pe-

ter ins Schussfeld geriet, ja oft so, dass einige nur eine günstige Gelegenheit gesucht haben, um das gegen den Bruno einzusetzen.

*Stichwort Partei – wie hat der Konflikt Kreisky-Androsch in die Partei hereingespielt? Wie waren da eigentlich die organisatorischen Kräfteverhältnisse?*

Also es gab da meiner Wahrnehmung nach keine offenen Konflikte auf der Basisebene. Natürlich hatte Androsch in Wien wichtige Unterstützer: Benya und Firnberg und auch andere, die anders als Firnberg 1967 nicht für Kreisky waren. Aber da gab es keinen besonderen Tiefgang in der Wiener Partei. In Niederösterreich war der Charlie Blecha gut verankert und der war ja ein wichtiger Mitarbeiter von Kreisky. Aber im Grunde haben weder Kreisky noch Androsch versucht, Hausmacht zu mobilisieren.

*Ein ganz wichtiges Interessensgebiet Kreiskys war ja die Außenpolitik. 1987 war die Aufgabe des Außenministeriums der Anlass, den Ehrenvorsitz der SPÖ zurückzulegen. Das ist ja eigentlich ein starkes Symbol, zumal es ja in der Wirtschafts-, Verstaatlichten- und Sozialpolitik Kurskorrekturen gab. Wieso war ihm gerade die Außenpolitik, so wie Dir, ein dermaßen großes Anliegen?*

Seit dem Staatsvertrag war Kreisky einfach klar, wie unverzichtbar eine eigenständige Außenpolitik war. Er hat auch die verteidigungspolitische Komponente gesehen und hat eigentlich immer den Standpunkt vertreten, dass diese Bereiche nicht einer Partei allein überlassen bleiben dürfen. Deshalb hat er ja auch in der Alleinregierung parteilose Außenminister vorgeschlagen und hat das auch im Verteidigungsministerium versucht, bis das aufgrund der unsäglichen Waffenlieferungen von Lütgendorf ohne Genehmigungen und ohne Information des Regierungschefs nicht mehr zu halten war. 1983 war es dann so, dass Karl Blecha Interesse am Innen- und Heinz Fischer am Wissenschaftsminister angemeldet hat. Ich habe Kreisky, der ja bei der Regierungsbildung noch eine Rolle

spielte, vorgeschlagen, ins Außenministerium zu wechseln. Ich bin ja eigentlich als Internationalist zur sozialistischen Bewegung gestoßen und nicht als Fahrkartenzwicker der Bundesbahn. Und das Außenministerium entsprach meinen Neigungen, mehr als Polizeiminister zu sein.

*Und was machte die Außenpolitik aus?*

Einerseits als kleines Land eine Rolle in der Welt zu spielen, einen Beitrag zu Frieden und sozialer Entwicklung zu leisten. Beispiel Nahost: Das Oslo-Abkommen hätte es ohne Kreiskys Politik nie gegeben. Seither haben wir uns ja aus der Nahostpolitik gestalterisch völlig verabschiedet. Wir zahlen nur trottelhaft viel Geld an eine »Palestinian Authority«, die als korrupt gilt, aber gestalterisch tun wir nichts. Es fängt ja schon damit an, dass es gar nicht Oslo-Abkommen heißen würde, wenn sich die damalige Regierung nicht geweigert hätte, das Ganze in Wien stattfinden zu lassen.

Es geht aber natürlich auch um die Wahrnehmung eigener Interessen. In meiner Amtszeit ging es ja auch um den ganzen Themenkomplex des Hi-Tech-Exports. Man hat österreichischen Firmen Computer-Chips aus den USA verweigert und zur Bedingung gemacht, dass wir nicht nach Osteuropa liefern. Und während man uns hingehalten hat, haben US-Firmen selbst das Geschäft mit dem Ostblock eingefädelt.

Das habe ich publik gemacht und auch Kreisky war der Meinung, es sei notwendig, den Großen auch Grenzen aufzuzeigen. Sein Nachfolger war ja da leider anderer Meinung. Diese Sache hat es sicher erleichtert, mich dann als Außenminister abzulösen. Mittelfristig hatten sie ja damit recht, weil einen EG-Beitritt hätte es in dieser Form mit mir als Minister nicht geben können: Ohne wirksamen Neutralitätsvorbehalt und ohne eine vernünftige Regulierung des jetzt herrschenden Transitwahnsinns hätte ich das nicht unterschrieben. Da brauchte es die Außenpolitik eines Alois Mock und seiner Helfer in unseren Reihen.

*Die große Regierungsumbildung im September 1984, in deren Zuge Du als Minister abgelöst wurdest, wird ja manchmal als bewusster symbolischer Bruch von Sinowatz mit der Ära Kreisky interpretiert. Würdest du das teilen?*

Also ich meine schon, dass Sinowatz' Büroleiter Pusch, der großen Einfluss hatte, das unter diesem Gesichtspunkt gesehen hat. Der hat sinngemäß zum Sinowatz gesagt: »Du musst zeigen, dass Du Deine eigenen Spuren hinterlässt.« Da haben wohl auch andere zugeraten, ohne Benya z.B. wäre das alles sicher nie gegangen. Deshalb hat man ja dann auch möglichst viele abgelöst, damit es nicht so aussieht, als wäre das gegen einen speziell gerichtet. Also so sehe ich das, natürlich ist man, wenn es einen selbst betrifft, noch weniger objektiv als sonst.

Sinowatz hat mir dann zwei Dinge vorgeschlagen: Ich solle als stellvertretender Klubobmann im Parlament »Aufpasser« von Klubobmann Sepp Wille sein, mit dessen Stil er nicht zufrieden war. Das habe ich abgelehnt. Erstens ging ich davon aus, dass im Klub niemand neugierig auf einen beschäftigungslosen Ex-Minister sein werde, für den alle Platz machen müssen und logischerweise wäre ja mein Verhältnis mit dem Sepp von Anfang an so belastet gewesen, dass ich die mir zuge dachte Aufgabe hätte gar nicht wahrnehmen können. Ein zweiter Vorschlag war, ich sollte Poldi Gratz, den er als Außenminister berief, als Bürgermeister folgen. Das haben zwar auch manche in Wien wie der Rudi Edlinger vorgeschlagen. Auch das habe ich aber als sinnlos angesehen.

Die Rathäusler hätten mich nicht wollen und ich hätte mich nicht gegen die Krone durchgesetzt, die natürlich den Zilk favorisiert hat. Ich habe es als sinnlos erachtet und war der Meinung, dass meine Kandidatur nur die Wiener Partei beschädigen würde. Und so habe ich mich entschieden, in meinen Brotberuf zurückzukehren und bin dann dort bis zu meiner Pensionierung tätig gewesen. Das hat meine Lebensqualität bedeutend verbessert. Sonst wäre ich heute nicht 81 (*lacht*). Ich glaube aber nach wie vor, dass es politisch richtig war:

Als sozialdemokratischer Funktionär gehe ich dort in die Offensive, wo ich der Bewegung nutze. Eine aussichtslose Konfrontation, die ich persönlich verliere und nur der Bewegung schadet, bringt niemandem etwas.

*Wie bewertest du rückblickend die Rezeption der Kreisky-Ära seit den 1980er Jahren? Das geflügelte Wort vom Schuldenkanzler – welche politische Funktion hatte das in deinen Augen? Und wie bewertest du die im letzten Jahr wieder deutlich positivere Darstellung?*

Also ganz sicher hat es im Jubiläumsjahr eine deutlich realistischere Darstellung der damaligen Finanzpolitik gegeben: Der Schuldenstand gemessen an der Wirtschaftsleistung war selbst am Höchststand weniger als halb so groß wie heute. Warum kam es aber überhaupt zu dieser Verleumdung, um das Kind beim Namen zu nennen? Und warum haben das so viele auch aus unseren Reihen mitgetragen? Das beschäftigt mich natürlich schon sehr lange. Es gab meiner Auffassung nach einen politischen Anpassungsprozess an die Wirtschaftspolitik von Reagan und Thatcher.

Das Tempo dieses Anpassungsprozesses war atemberaubend und hat zu einer Deregulierung des Welthandels und der Märkte geführt. In der Sozialdemokratie wurde »New Labour« populär. Unsere geistigen Nachwuchskräfte sind immer ganz begeistert nach London gefahren und noch begeisterter zurückgekommen, auch wenn wir heute wissen, dass die politisch nicht das Geringste zusammengebracht haben. Diese Leute hatten allesamt ein Interesse daran, zu erklären, dass alles was der Kreisky anders gemacht hat – und das war so gut wie alles – heute unmöglich sei, weil es zur Verschuldung führt.

Die eigene schlechte Politik sollte dadurch begründet werden, dass man den Kreisky dämonisiert. Jetzt erst beginnt ein erschreckend langsamer Erholungsprozess unter den verbliebenen Resten der europäischen Sozialdemokratie. Jetzt kommt man wieder drauf, dass man das, was man dereguliert hat, eigentlich wieder regulieren müsste.

*Wie bewertest du den Umgang der Sozialdemokratie mit der Krise?*

Ihr fehlt der Weitblick. Die Diskussionen, die es gibt, verstricken sich in Details, aber die grundlegenden Fragen, die geklärt werden müssten, werden nicht angegangen. Dass die Leute ordentlich verdienen müssen, damit etwas erwirtschaftet werden kann und dass die Finanzmärkte endlich reguliert werden müssen. Warum gibt es noch immer kein Instrument gegen die internationale Spekulation, mit Währungen, mit Aktien, mit Rohstoffen.

Die Sozialdemokratie bemächtigt sich des vorhandenen Wissens nicht und sie macht zu wenig den Eindruck, etwas ändern zu wollen. Vielleicht auch deshalb, weil sie dann der Wählerschaft erklären müsste, dass sie geirrt hat in den letzten Jahren. Richtige erste Schritte kann man aber nur setzen, wenn man weiß, wohin man gehen möchte. Den zweiten und dritten Schritt muss man schon vordenken, bevor man den ersten macht.

*Bevor wir zum Ende kommen: Du warst ja lange Jahre wirtschaftspolitisch und parlamentarisch tätig. Wie stehst du zum aktuell heftig umstrittenen Konzept der Schuldenbremse in Verfassungsrang?*

Damit sind ja zwei Punkte verbunden: Die Gläubiger des Staates zu vernünftigeren Konditionen zu bringen. Ob das dadurch wirklich erreicht wird, weiß ich nicht. Das zweite ist aber natürlich, dass damit die Budgethoheit des Parlaments erheblich eingeschränkt wird, auch für künftige Legislaturperioden. Ich kann mir das eigentlich nicht vorstellen, selbst wenn es formalrechtlich in einem Bauchaufschwung möglich sein sollte. Ich bin aber letztlich nie ein Freund von Regelungen, die festlegen, was rechtlich gerade noch möglich ist. Da geht die Lebendigkeit von Politik verloren.

*Vielen Dank für das Gespräch!*



**ERWIN LANC**

(\*1930) wurde 1960 in den Wiener Gemeinderat und 1966 in den Nationalrat gewählt. 1973 wurde er Verkehrsminister der Regierung Kreisky, 1977 übernahm er das Innen-, 1983 das Außenministerium, das er bis 1984 leitete. Bis heute ist LANC friedens- und außenpolitisch sehr aktiv und war ab 1989 Präsident des Internationalen Instituts für den Frieden, dessen Ehrenpräsident er bis heute ist.



# Kreisky heute?

Der Wirtschaftsforscher Ewald Walterskirchen über Wirtschaftspolitik der Kreisky-Ära und ihre Bedeutung für die aktuelle wirtschaftliche Situation

**F**ür Bruno Kreisky war Vollbeschäftigung das oberste wirtschaftspolitische Ziel, wichtiger als Preisstabilität und ein ausgeglichenes Budget. Die Massenarbeitslosigkeit der Wirtschaftskrise hatte tiefe Spuren hinterlassen, sie sollte nie wiederkehren. Was waren die wirtschaftspolitischen Strategien der Kreisky-Ära und welche Bedeutung haben sie heute im Zeitalter von Finanzkatastrophen, Eurokrisen und Schuldenbremsen?

## AUSTRO-KEYNESIANISMUS

Die Wirtschaftspolitik der Kreisky-Ära wurde oft als Austro-Keynesianismus bezeichnet. Sie stand auf drei Säulen: Budgetdefizite in Krisenzeiten, um die Vollbeschäftigung zu sichern; Hartwährungspolitik zur Inflationsbekämpfung und eine gerechte Verteilung der Einkommen und Chancen durch Einbindung der Sozialpartner.

Kreisky öffnete die spö zur Mitte hin. Er brauchte moderne Unternehmen, um die Vollbeschäftigung zu sichern. Kreisky bot der Wirtschaft an, »ein Stück des Weges« mit ihm und der spö zu gehen. Dank der blendenden Wirtschaftslage waren neue Sozialleistungen für die Bevölkerung leistbar: Geburten- und Heiratsbeihilfe, Schülerfreifahrten, kostenlose Schulbücher und Abschaffung der Studiengebühren. Dazu kam die schon länger vereinbarte Arbeitszeitverkürzung von 45 auf 40 Stunden.

## WIRTSCHAFT AUF DER ÜBERHOLSPUR

In den 60er-Jahren stotterte der Motor der österreichischen Wirtschaft, in den siebziger Jahren setzte jedoch ein zügiger Aufhol- und Modernisierungsprozess ein. Die österreichische Wirtschaft wuchs in der Kreisky-Ära 1970–1983 jährlich um 3½ % pro Jahr, das war um ¼ % pro Jahr mehr als im EU-Durchschnitt. Nie hat es eine Regierungsperiode gegeben,

in der Österreich einen solchen wirtschaftlichen Vorsprung gegenüber der Europäischen Union erzielte.

In diesen dreizehn Jahren wurden 300.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, 400.000 neue Wohnungen gebaut und 1.000 Kilometer neue Autobahnen und Straßen gebaut.

Wirtschaftskennzahlen 1970–1983

	Wachstum jährlich	Arbeitslosenquote Durchschnitt 70/83	Budgetsaldo in % des BIP Durchschnitt 70/83
Österreich	+3,4	1,5	-1,1
EU-15	+2,7	4,2	-2,4

## VOLLBESCHÄFTIGUNG ÜBER ALLES

Kein Kreisky-Ausspruch wurde öfter zitiert als: »Eine Milliarde Schulden bereiten mir weniger schlaflose Nächte als 100.000 Arbeitslose.« Die Idee war, Massenarbeitslosigkeit und junge Menschen auf der Straße um jeden Preis zu verhindern. Bis heute profitiert Österreich davon, dass es keinen hohen Sockel an Arbeitslosen gibt, der sich nicht mehr abbauen lässt. Konkurse wurden nach Möglichkeit verhindert. Es gab sofort Krisensitzungen, wenn Massenkündigungen geplant waren. Heute werden nur noch Großbanken vom Staat gerettet, um die Vermögen zu schützen.

Im Gegensatz zur Europäischen Union konnte in Österreich die Vollbeschäftigung bis in die 80er Jahre erhalten werden. Die Arbeitslosenquote war in Österreich im Durchschnitt der Kreisky-Jahre mit 1,5 % deutlich niedriger als in der Europäischen Union (4,2 %).

Im Gefolge der Ölverteuerung gerieten die Grundstoffindustrien in ganz Europa in eine schwere Krise. In Österreich

waren gerade diese Wirtschaftszweige verstaatlicht. Die Arbeitsplätze in der Verstaatlichten konnten deshalb nicht alle auf Dauer gerettet werden.

### HARTE WÄHRUNG SICHERT PREISSTABILITÄT

Der Schilling wurde in der Kreisky-Ära zu einer harten Währung. Diese Strategie war damals umstritten. Eine Abwertung des Schilling hätte der Industrie Wettbewerbsvorteile gebracht, aber die Inflation zur Zeit der Erdölverteuerung weiter angeheizt. Letztlich setzten sich Hannes Androsch, Heinz Kienzl und Stephan Koren (övp) durch.

Der Vorteil der Hartwährungsstrategie zeigt sich erst heute im Euro-Raum in vollem Umfang. Die alten Weichwährungsländer Südeuropas, die auf regelmäßige Abwertungen eingestellt waren, weisen seit der Euro-Einführung deutlich höhere Preis- und Lohnsteigerungen und damit massive Wettbewerbsprobleme auf. Österreich kann dagegen – gemeinsam mit Deutschland – die Früchte der frühen Hartwährungsstrategie und der damit verbundenen niedrigeren Inflation ernten.

Kreisky verfolgte das Ziel, aus einem rückständigen konservativen Land einen modernen Staat zu machen. Mit der Wirtschaft wollte er auch die Gesellschaft verändern, vor allem durch Rechtsreformen. Modernisierung war das zentrale Wahlversprechen.

Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Kreisky-Ära stützte sich auf eine hervorragende Ministerriege: Finanzminister Hannes Androsch verdanken wir das Grundkonzept der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wirtschaftsminister Josef Staribacher ebnete den Weg für Autozulieferindustrien und Fernwärme. Den größten gesellschaftlichen Fortschritt gab es im Bildungswesen und im juristischen Bereich (Gleichstellung der Frau). 13 Jahre Kreisky'scher Politik haben Österreich moderner, aufgeschlossener, gesellschaftlich liberaler und toleranter gemacht.

Anneliese Rohrer von der Presse wiederholte im Club 2 am 20. Jänner 2011 das alte Vorurteil der Konservativen: Kreisky hätte eine völlig verfehlte Wirtschaftspolitik betrieben, die zu gigantischen Schulden und hoher Arbeitslosigkeit geführt hätte.

Jedes Kind weiß heute, dass Österreich eng mit der Wirtschaft der Europäischen Union verflochten ist und damit ver-glichen werden muss. Kein vernünftiger Mensch würde heute dem früheren Finanzminister Josef Pröll vorwerfen, dass er für den Anstieg der Staatsschulden in der Finanzkrise verantwortlich ist und noch künftige Generationen für seinen »Sündenfall« büßen müssen.

### FOLGE DER REZESSIONEN

In der Kreisky-Zeit mussten die Folgen von zwei Erdölpreiskrisen und die damit verbundenen Rezessionen verkraftet werden. Budgetdefizite und Staatsschulden nahmen in dieser Zeit stark zu. Aber das war kein Alleingang Österreichs, sondern die Folge der Erdölshocks. In allen Ländern steigen die Defizite in Krisenjahren unausweichlich, weil Steuern und Sozialversicherungsbeiträge geringer werden und mehr Geld für Arbeitslose ausgegeben werden muss.

In Österreich sind die Staatsschulden 1970 – 1983 von 19 % auf 44 % des Brutto-Inlandsprodukts gestiegen, d. h. sie haben sich mehr als verdoppelt. Aber das ist auch in allen anderen Ländern passiert. In den skandinavischen Ländern, mit denen wir uns so gern vergleichen, nahm die Staatsverschuldung noch weit rascher zu.

Im Durchschnitt der Kreisky-Jahre 1970 – 1983 war das Budgetdefizit in Österreich mit 1,1 % des BIP nicht einmal halb so hoch wie in der EU. Heute können wir von so einem niedrigen Defizit nur träumen. Die Vorstellung, dass unsere Schulden heute auf die Politik von Kreisky und Androsch zurückgehen, gehört ins Reich der Märchen.

**Staatsschulden und Budgetdefizite 1970–1983**

	Staatsschuld in % des BIP			Budgetsaldo in % des BIP		
	1970	1970	1970–83	1970	1970	1970–83
Deutschland	17,8	38,2	+20,4	0,5	-2,9	-3,4
Italien	37,4	68,4	+34,0	-3,2	-10,1	-6,9
Schweden	27,3	61,2	+33,9	4,8	-5,1	-9,9
Dänemark	13,0	74,2	+61,2	5,0	-6,3	-11,3
Belgien	60,0	106,4	+46,4	-3,5	-14,5	-11,0
Österreich	18,5	43,7	+25,2	1,2	-4,3	-5,5

**20 MILLIONEN SUCHEN ARBEIT**

Nach seiner aktiven politischen Zeit wurde Bruno Kreisky Vorsitzender der Internationalen Kommission für Beschäftigungsfragen, die ich koordinieren durfte.

In dieser Zeit entbrannte eine heftige Diskussion um die richtige Beschäftigungspolitik. Die OECD als neuer Hort des Neoliberalismus, die EU-Kommission als Liberalisierungsamt und die neoklassischen Ökonomen traten für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ein, d.h. für eine vollkommene Anpassung der Menschen an die Bedürfnisse der Wirtschaft: Lohnflexibilität nach unten, Senkung der Lohnnebenkosten (d.h. der Sozialleistungen), prekäre und befristete Mini-Jobs, Arbeitszeit auf Abruf usw.

Vor allem der Soziologe Ralf Dahrendorf vertrat diese Position in der Kreisky-Kommission. Kreisky wehrte sich gegen das amerikanische Konzept der »Working Poor«, d.h. der Arbeitnehmer, die so wenig verdienen, dass sie von ihrer Arbeit nicht leben können. Da die Positionen unüberbrückbar waren, verließen Dahrendorf und einige neoliberale Ökonomen die Kommission. Bruno Kreisky und die von ihm geführte internationale Kommission für Beschäftigungsfragen trat dagegen vor allem für verstärkte Investitionen in Infrastruktur, Technologie, Umweltschutz und Bildung ein.

**IN BEDRÄNGNIS**

Die letzten drei Jahrzehnte waren von neoliberaler Wirtschaftspolitik beherrscht. Sie bestand auf internationaler Ebene aus Liberalisierung, Deregulierung der Finanzmärkte, Privatisierung von Versorgungsdienstleistungen und Maximierung des potenziellen Wachstums. Die Liberalisierungswelle erfasste die Finanz- und Immobilienmärkte am stärksten. Ihr Ergebnis war eine riesige Preisblase und die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren.

Langfristig war die neoliberale Politik nicht erfolgreich. Das Wirtschaftswachstum wurde in den westlichen Industrieländern seit den siebziger Jahren von Jahrzehnt zu Jahrzehnt kontinuierlich schwächer. Die Investitionsquoten in Westeuropa gingen trotz großer Steuergeschenke für die Unternehmen zurück.

Auf dem Arbeitsmarkt haben sich langfristig die Chancen für die Jugend massiv verschlechtert. Eine Generation mit 1000-Euro-Jobs wuchs in Westeuropa als Folge der vielgepriesenen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes heran. Gleichzeitig ging der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen seit den achtziger Jahren um fast 15 Prozentpunkte zurück. Die Realeinkommen pro Kopf stagnierten, die Gewinne der Konzerne explodierten.

Das neoliberale Laisser-faire Modell hat mit der Finanz- und Wirtschaftskrise stark an Glaubwürdigkeit und auch an Anhängerschaft verloren. Denn der Rückzug des Staates aus der Regulierung des Finanzwesens trug entscheidend zur Finanzkatastrophe bei. Als Zukunftsmodell hat diese Ideologie ausgedient.

**FINANZKRISE SCHULD AN BUDGETPROBLEMEN**

Da die Finanzkrise ebenso erschreckend wie die Große Depression in den dreißiger Jahren begann, versuchten die Regierungen mit umfangreichen Bankenrettungs- und Konjunkturpaketen einen totalen Zusammenbruch des Finanzwesens

1. JOHN MAYNARD KEYNES, On Air, Hamburg 2008, S.74/75
2. Die Budgetdefizite können rein arithmetisch nur dann kleiner werden, wenn die Unternehmen mehr Kredite aufnehmen oder das Ausland mehr Kredite aufnimmt (bessere Leistungsbilanz) oder die privaten Haushalte weniger sparen. Es ist unwahrscheinlich, dass die Unternehmen mehr Investitionskredite aufnehmen werden, wenn sie weniger Staatsaufträge bekommen. Auch eine noch stärkere Verbesserung der Leistungsbilanz ist problematisch, sie würde weiter zu Lasten Südeuropas gehen. Langfristig werden sich die Staatsschulden nur verringern lassen, wenn gleichzeitig die Vermögen der Reichen kleiner werden. Denn Schulden und Geldvermögen sind die zwei Seiten einer Medaille.

zu verhindern. Diese Strategie war erfolgreich, aber sehr teuer. Die Krise schwappte von den Finanzmärkten auf die Staatsfinanzen über. Ein Teufelskreis Bankenkrise – Schuldenkrise – Bankenkrise zeichnet sich ab.

Die Regierungen des Euro-Raums hatten es zwischen 1997 und 2007 geschafft, die Staatsschuldenquote von 81 % auf 71 % des BIP zu senken und damit dem Wunschdenken von Maastricht (60 %) näher zu kommen. Die Kosten der Finanzkrise blähten jedoch die Verschuldung wieder mächtig auf. Die Staatsschuldenquote stieg im EU-Raum um ein Drittel auf 97 % des BIP im Jahr 2011. Besonders perfide ist deshalb die Argumentation, dass der ausufernde Sozialstaat an der Misere im Euro-Raum schuld sei.

Während die USA bereit sind, krisenbedingte Defizite hinzunehmen, setzt Europa unter dem Diktat Deutschlands auf massives Sparen in der Krise – wie Brüning in den dreißiger Jahren. Die beginnende konjunkturelle Erholung wird dadurch abgewürgt.

Die kuriose Vorstellung vieler akademischer Ökonomen, dass massive Einsparungen unmittelbar zu einem Aufschwung der Wirtschaft führen, wird durch das Beispiel Griechenland neuerlich ad absurdum geführt. Eher ist zu befürchten, dass die europaweiten Sparprogramme die südeuropäischen Länder so tief in die wirtschaftliche Krise stürzen, dass die Staatsschulden trotz einschneidender Sanierungsmaßnahmen nicht zurückgehen.

## DIE KEYNESIANISCHE ALTERNATIVE

Kreiskys wirtschaftspolitische Überlegungen waren stark von den Ideen der Keynesianer beeinflusst. Wenn wir darüber spekulieren, wie Bruno Kreisky heute auf die Krise reagieren würden, fragen wir am besten bei den Keynesianern nach.

John Maynard Keynes hielt die ökonomische Tugend der Sparsamkeit in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche für ein Übel:

«Die Einzelnen sparen mehr von ihrem Einkommen als die Geschäftswelt in neue Maschinen und Anlagen zu investieren vermag.... Daraus folgt, dass es nur zwei Heilmittel geben kann: weniger zu sparen oder mehr zu bauen.»<sup>1</sup>

Die Budgetdefizite gehen nicht primär auf eine leichtfertige Politik (Ausnahme Griechenland) zurück, sondern sie werden »erlitten«, weil die begüterten privaten Haushalte mehr sparen als die Unternehmen investieren. Wenn der Staat seine Schulden abbauen will, dann muss jemand anderer sein Vermögen verringern oder mehr Schulden aufnehmen.<sup>2</sup>

Die Staatsbudgets werden nur dann langfristig konsolidiert werden können, wenn es gelingt, die überhöhte Spartätigkeit der begüterten privaten Haushalte an die schwächere Investitionsneigung der Unternehmen anzupassen.

Gegen eine Schuldenbremse ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Aber sie muss die zu großen Ersparnisse der Reichen und Besserverdiener durch Einkommensumverteilung verringern. Nur dann hat eine Schuldenbremse Aussicht auf Erfolg. Sonst wird sie bloß die Ausgaben und Einnahmen des Staates gleichzeitig kürzen, ohne per Saldo die erhofften Ergebnisse zu bringen.

## VERTEILUNGSPOLITIK ALS SCHULDENBREMSE

Als verteilungspolitische Maßnahmen zum Abbau des überhöhten Sparens bieten sich an:

- Steuerliche Einkommensumverteilung zu unteren Einkommensschichten, die ihr Geld zur Gänze ausgeben
- Stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Bonuszahlungen, die heute alles andere als »leistungsgerecht« sind
- Limitierung der Einkommen, die sich Vorstände und Aufsichtsräte wechselseitig zuschanzen
- Vermögensteuer und massive Erbschaftsteuer auf Assets, die über eine halbe Million Euro hinausgehen
- Umlagenfinanzierte Sozialversicherung (für Pensionen und Pflege) statt geförderten Sparens für die Zukunft

- Energieeffiziente Wohnbauförderung, welche durch Kreditaufnahmen die Netto-Spartätigkeit verringert

### AUSTROKEYNESIANISMUS HEUTE

Die drei Säulen des Austrokeynesianismus der Kreisky-Ära haben auch heute noch ihre Bedeutung, obwohl der nationalen Politik jetzt enge Grenzen gesetzt sind. Die Budget- und Geldpolitik hat verhindert, dass aus der weltweiten Finanzkrise eine Katastrophe wurde. Verteilungspolitik kann, wie gezeigt, eine wichtige Rolle bei der dauerhaften Lösung der Budgetprobleme spielen.

Hartwährungspolitik funktioniert nur, wenn die Gewerkschaften mitspielen. In Südeuropa sind die Preise und Löhne wesentlich rascher gestiegen als im Euro-Raum. Die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit und die negativen Realzinsen führten zu Zwillingdefiziten in der Leistungsbilanz und im Staatshaushalt. Das Problem der verlorenen Wettbewerbsfähigkeit kann auch durch Schuldenbremsen nicht gelöst werden.

Zur Zeit des Austrokeynesianismus waren die Kapital- und Devisenmärkte streng reguliert. Das war ein Grund für die »Goldenen Jahre«. Heute macht die neuerliche Regulierung der Finanzmärkte zu langsame Fortschritte, weil die Finanzlobbys zu stark geworden sind. Die Verhinderung einer künftigen Finanzkrise ist aber wichtiger als alle Schuldenbremsen.

Zu Kreiskys Zeiten waren die Versorgungsdienstleistungen in öffentlicher Hand. Dort gehören sie auch hin. Die Fehlschläge der totalen Privatisierung (einschließlich Wasser) in Großbritannien sind nicht zu übersehen.

Mit der Verkürzung der Arbeitszeit ging in Österreich seit den siebziger Jahren nichts mehr weiter. Dieses Thema sollte aber nicht aus den Augen verloren werden. Skandinavische Beispiele sind durchaus ermutigend, und Kurzarbeit hat sich als eine gute Strategie erwiesen, um konjunkturelle Einbrü-

che abzufedern. Mini-Jobs und Ausbeutung der Jugend in befristeten Projektarbeiten sind dagegen keine faire Lösung der Arbeitsmarktprobleme.

Von Kreiskys Beschäftigungskommission können wir lernen, dass Zukunftsinvestitionen in Bildung, Technologie und Infrastruktur Arbeitsplätze sichern. Sie wurden vom Neoliberalismus vernachlässigt. Zukunftsinvestitionen dienen künftigen Generationen und können ohne schlechtes Gewissen über Schulden finanziert werden.

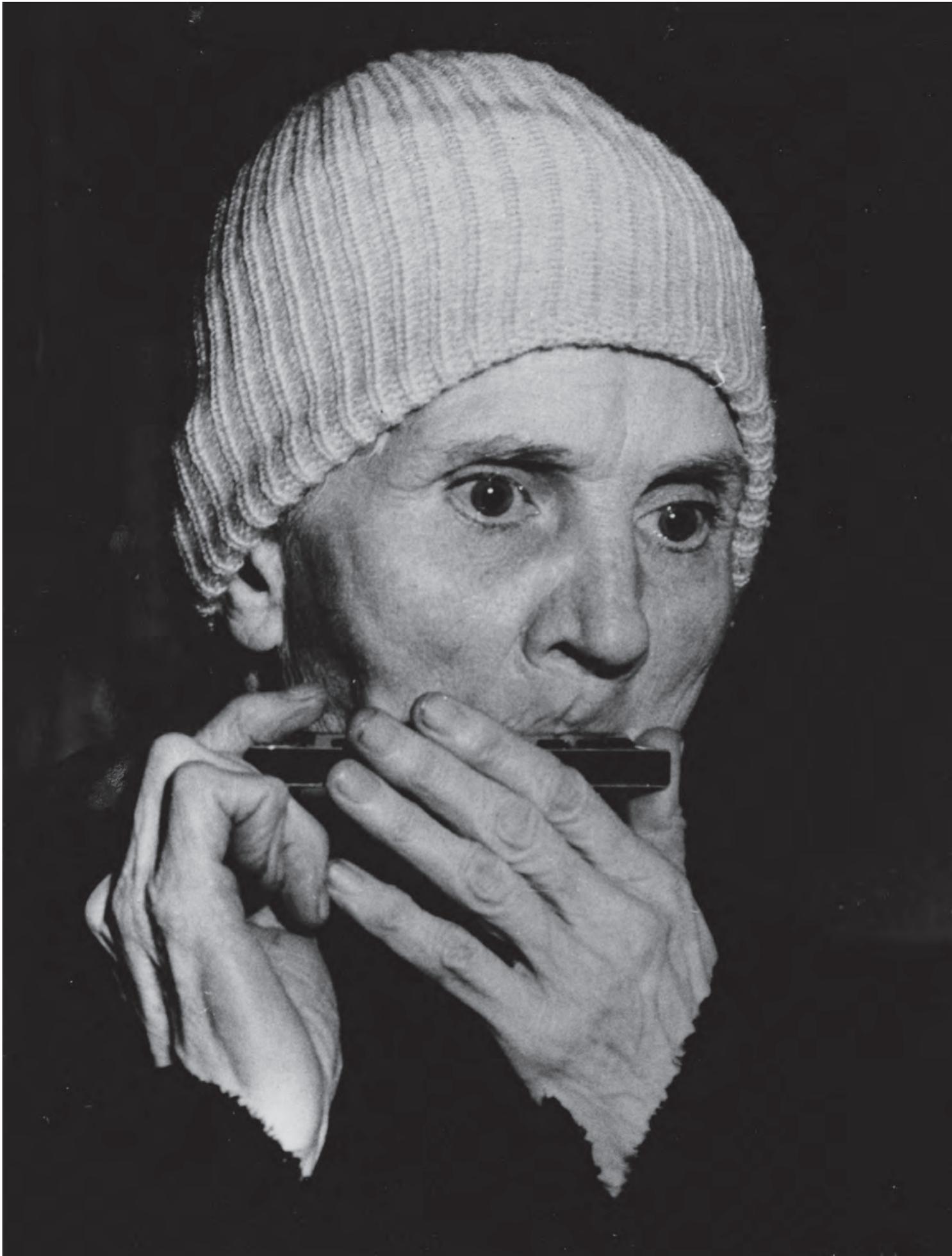
Wir können Bruno Kreisky heute leider nicht mehr nach seinen Ratschlägen zur Bekämpfung der Krise in Europa fragen, aber wir wissen, dass ihm keynesianische Ideen nahe standen. Zur Lösung der aktuellen Krise Europas wird wohl kein Weg an Eurobonds und einem Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB vorbeiführen.

Ich habe hier versucht, eine keynesianische Strategie als Alternative zum Neoliberalismus darzustellen. Wer radikalere linke Lösungen sucht, dem empfehle ich Sahra Wagenknechts Buch »Freiheit statt Kapitalismus«.



### EWALD WALTERSKIRCHEN

ist Ökonom und seit 1970 als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Wirtschaftsforschungsinstitut (wifo) tätig. 1987–1990 fungierte er auch als wissenschaftlicher Koordinator der »Kreisky-Kommission« für Beschäftigungsfragen in Europa.



# Der Hahnenkampf der Alphatiers

**Der Historiker und** SPÖ-Kommunalpolitiker Christian Dickinger bemüht sich in seinem Beitrag um eine Annäherung an den Kreisky-Androsch-Konflikt.

**V**or der Folie der geschäftigen, bisweilen lärmenden Monotonie der »Zeitzeugenschaft«, welche im »Kreisky-Jahr« 2011 – in jenem krisengebeutelten Jahr, in dem die Angst vor dem Zusammenbruch des Finanzsystems, die Angst vor der nachhaltigen Destabilisierung Europas, eine ganze politische Klasse auf der Bühne der Ratlosigkeit debütieren ließ –, der Nostalgie zu ihrem Recht verhalf, vernahm sich die Stimme des Hannes Androsch nachdenklich, über manche Strecken geradezu versöhnlich. Doch dies war bekanntlich nicht immer so. Zu einer »Versöhnung« sollte es nie kommen. Viele gemeinsame Freunde, etwa Leonard Bernstein, haben versucht, eine Brücke zu schlagen, vergebens.

Die anfängliche Zuneigung Kreiskys gegenüber Androsch (»Ich bin sehr glücklich mit Androsch gewesen.«), schlug mit den Jahren ins Gegenteil um und mutete »immer gleich eruptiv, biblisch, leidenschaftlich, irrational an« (Elisabeth Horvath). Diese Auseinandersetzung zwischen den beiden Protagonisten und größten politischen Talenten der Sozialdemokratie kostete vor allem Kreisky während der letzten Jahre seiner Kanzlerschaft viel Energie und sollte ihn noch Jahre nach seinem Ausscheiden aus der Politik geradezu manisch beschäftigen. Der Historiker Ernst Hanisch versuchte die »Befindlichkeit« Kreiskys mit einem einzigen Satz einzufangen: »Noch in seinem letzten Interview ließ der todkranke Bruno Kreisky einen archaischen Hassgesang gegen seinen ehemaligen »Ziehsohn« aufsteigen.«

Der Konflikt zwischen Kreisky und Androsch weist so viele Facetten auf, dass die konkreten Ursachen – mit Sicherheit entzieht sich diese Auseinandersetzung einer monokausalen Erklärung – nur sehr schwer dem sich über viele Jahre hinziehenden Gang der Ereignisse zuzuordnen sind.

## VIELE FRAGEZEICHEN UND ZWEIFEL ...

Der Kreisky-Androsch-Konflikt: Keine andere Auseinandersetzung innerhalb einer politischen Führungselite kumulierte während des gesamten Zeitraums der Zweiten Republik ein derartiges Übermaß an Emotionen, die »Olah-Krise«, welche die SPÖ 1963/64 erschütterte und wesentlich zum Wahlerfolg von Josef Klaus im Jahre 1966 beitragen sollte, ausgenommen. Bundeskanzler und Vizekanzler, »politischer Vater« und »Ziehsohn«, »Sonnenkönig« und »Kronprinz«: Enge politische Freundschaft verwandelte sich in innige Feindschaft, die erfolgreiche Regierungspartei SPÖ stand mehrfach am Rande einer Zerreißprobe.

Kombattanten und Gegner der jeweiligen »Konfliktpartei«, des jeweiligen »Hofes«, waren »Partei« in der Partei. Der Hahnenkampf der »Alphatiers« wurde von Mitgliedern des »Kreisky-Hofes« und des »Androsch-Hofes«, die teils die eigene, mit dem »Schicksal« der Hauptdarsteller eng verbundene Karriere vor Augen hatten, teils von ideologischen Motiven getragen und geleitet waren, von der »Morgenluft« witternden Opposition, die den politisch »gefährlichen« Androsch als Kreisky-Nachfolger verbannt sehen wollte, sowie von einem investigativen, teilweise auch skandalisierenden Journalismus angeheizt und akklamiert.

Der konfliktorische Furor hatte sich an mehreren »Giftquellen« entzündet, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten, auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlicher Intensität gespeist und genährt wurden. Viele Fragezeichen und beträchtlicher Zweifel haben die ernsthaftesten Bemühungen zu eskortieren, wenn man sich aufmacht, das »weite Land« der Psyche, des »Gefühlslebens«, zu vermessen. In der Tradition von Sigmund Freud bezeichnet »Psyche« jenes »System«, in welchem Wahrnehmungen und Denken gründen,

die rationalen und affektiven (Neid, Hass, Zuneigung, Vertrauen) Motive menschlicher Handlungen. Das Messer der historischen und politischen Wissenschaft, die bemüht ist zu den Wurzeln und schließlich zu den einzelnen Verästelungen dieses dramatischen Konfliktes vorzudringen, ist in diesem Zusammenhang ziemlich stumpf und mit äußerster Vorsicht zu führen.

Kreiskys gegenüber Androsch demonstrierte und dokumentierte, über die Jahre konservierte und intensiviertere »Zuneigung«, in welcher manche ausgeprägten »väterlichen Stolz« entdeckt zu haben glaubten, transformierte also in abgründigen Hass, diese beiden Ebenen, »Zuneigung« und »Hass«, versiegeln gleich »Alpha« und »Omega« symbolisch den Beginn und das Ende einer kurvenreichen Wegstrecke mit zahlreichen Schlaglöchern, welche zu »reparieren« schließlich nicht mehr möglich war.

Androschs nach Jahren des Zanks und des Ringens herbeigeführter »Fall« vom politischen Olymp in den politischen Tartaros traumatisierte die Gegner nachhaltig. Sein Sturz verlief nicht vor der Kulisse einer »Choreographie«, die »Chronologie« des Kreisky-Androsch-Konflikts weist freilich »Wegmarken« auf, konkrete »Anlassfälle«, welche – unmittelbar oder auch erst später – seitens der Kontrahenten als Provokation, als Vertrauensbruch, als »Grenzüberschreitung« wahrgenommen wurden, »Vorfälle«, die von Kreisky und Androsch in einem »Gefälle der Emotionen« unterschiedlich »rationalisiert« wurden. Kausale, eskalatorische und katalysatorische Gesichtspunkte des Konflikts oszillierten in der Einschätzung der Beteiligten wie auch in jener der Interpreten. Es ist hier nicht möglich, die einzelnen Entfremungsstadien und Konfliktmuster auszudifferenzieren, wir müssen mit einem gedrängten Überblick das Auslangen finden.

Nach dem Tod von Bundespräsident Franz Jonas im Jahre 1974 vertrat eine Gruppe rund um Anton Benya, Hertha Firnberg, Christian Broda, Leopold Gratz und Hannes Androsch

die Auffassung, Kreisky sollte für das Bundespräsidenten-Amt kandidieren. Dieser zeigte sich empört und mutmaßte, man wolle ihn »ins politische Ausgedinge schieben«. In seinen Erinnerungen schrieb Kreisky sarkastisch von einem »wohlmeinenden Vorschlag (...), den ich allerdings nicht als solchen empfand.« Der Kanzler wurde misstrauisch und begann, jeden Schritt von Androsch mit Argusaugen zu beobachten. Schon damals hatte er den Eindruck, »man wolle ihn weghaben, und hat hier schon Gefühle der Aversion, nicht nur gegen Androsch, auch gegen Gratz entwickelt« (Johannes Kunz).

Der Tod von Jonas fiel zeitlich in etwa mit dem durch die erste Erdölkrise 1973 verursachten Stopp des Wirtschaftswachstums zusammen. Ende 1974 verursachte der Konjunkturunbruch ernsthafte Liquiditätsprobleme. Da Kreisky nicht ausschließen konnte, die für 1975 anstehende Nationalratswahl auf einen Termin im Frühjahr vorzuverlegen, wollte der Finanzminister den Beschluss eines Budgetüberschreitungs-gesetzes vermeiden und gab einer maßgeblich von der Kontrollbank erarbeiteten »Überbrückungskonstruktion« den Vorzug.

Aufgrund dieser Vorgangsweise geriet Androsch, der sich von Kreisky im Stich gelassen fühlte, ins Schussfeld der Opposition. Androsch, der im Nationalrat mit einer dringlichen Anfrage konfrontiert war, über diese Situation: »Kreisky wurde gefragt, ob er noch hinter seinem Finanzminister stünde, und er hat gesagt, er steht neben ihm, also er schaut sich das von der Seite an, hieß das doch wohl. Und ich habe ihn dann gefragt, wie das eigentlich ist. Und da hat er gesagt, ja, jeder muss seine Sache selbst austragen. (...) Und da war spätestens bei mir der Bruch, wo ich gewusst habe, also das hat keine Zukunft. Dafür hat's dann allerdings noch fast sieben Jahre gedauert, mit aller Dramatik, mit der er mich letztlich also doch entfernen konnte.«

## DIE ERNENNUNG ANDROSCHS

Eine weitere »Giftquelle« soll Androschs Verhalten infolge seiner Ernennung zum Vizekanzler am 1. Oktober 1976 gewe-

sen sein. Kreisky hatte bereits ein Jahr davor zum Ausdruck gebracht, dass er in dem damals 37-jährigen seinen präsumtiven Nachfolger sehen würde. In seinen Erinnerungen hielt Kreisky bezüglich seiner Entscheidung, Androsch zum Vizekanzler zu berufen, fest: »Das trug mir großen Verdruss bei den älteren Mitgliedern der Regierung ein. Androsch war damals 38 Jahre alt. Es schienen sich zu dieser Zeit bereits gewisse Gegensätze anzudeuten (...)«! Entgegen anderslautenden Aussagen erfolgte Androschs Ernennung zu Vizekanzler, nachdem er erstmals sein Interesse kundgetan hatte, Chef der Notenbank zu werden. Diese Entscheidung legt die Vermutung nahe, dass Kreisky zu diesem Zeitpunkt an einer Fortsetzung der Zusammenarbeit interessiert und Androsch noch enger an sich zu binden bemüht war.

1978 wäre der Präsident der Nationalbank in den Ruhestand getreten und der für diese Aufgabe fachlich zweifellos qualifizierte Androsch, der wegen seiner Steuerberatungsfirma »Consultatio« immer heftiger kritisiert wurde, sah, so seine Kritiker, die Chance »sich zu verbessern«. Kreisky gewann offenbar den Eindruck, der Finanzminister würde vor allem an seinem persönlichen respektive finanziellen Vorteil interessiert sein, anstatt Partei und Staat zu dienen. Er führte bittere Klage über Androschs hypertrophen Ehrgeiz, über dessen »Größenwahn«, und bezeichnete besagtes Ansinnen einmal als »Quelle unserer Entfremdung«. Thomas Nowotny ist m. E. zuzustimmen, wenn er ausführt: »Was Androsch möglicherweise nichts anderes schien, als die Wahrnehmung einer Option beim persönlich beruflichen einkommensmäßigen Aufstieg, war in den Augen Kreiskys etwas anderes – nämlich schlichtweg Verrat.«

Als 1977 die öffentliche Diskussion über die Vereinbarkeit von Androschs Tätigkeit als Finanzminister mit seiner Beteiligung an der Steuerberatungskanzlei »Consultatio« an Heftigkeit zunahm, erreichten die sachpolitischen Auffassungsunterschiede zwischen Kreisky und Androsch ihren Höhepunkt. Die Auffassung von Rathkolb, der Konflikt sei durch die »geschäftliche Expansion von (Androschs) treuhänderisch verwalteter

Steuerberatungskanzlei ... »ausgelöst« worden, teile ich nicht. Diese Causa hatte eine katalysatorische Funktion, sie bewirkte einen »Verstärker-Effekt« hinsichtlich der zunehmenden Antipathie Kreiskys und eröffnete die Option einer »moralisch« konnotierten Instrumentalisierung.

### SACHLICHE DIFFERENZEN

Ich bin der Meinung, dass Kreisky sowohl über die »Causa Consultatio« als auch über die öffentliche (wie innerparteiliche) Kritik an Androschs »Lebensstil« großzügig »hinweggesehen« hätte, wenn es nicht zu einem Bruch des »persönlichen Verhältnisses« gekommen wäre. Diese Einschätzung ist auf die »sachpolitischen« Divergenzen auszuweiten, wobei insbesondere die Frage der Währungspolitik zu erwähnen ist. Androsch neigt der Auffassung zu, dass eben diese Divergenzen zum Bruch geführt hätten und stilisiert sich als »Visionär«, der im Gegensatz zu Kreisky frühzeitig die Notwendigkeit von Reformen erkannt hätte. Mit Josef Staribacher kann bilanziert werden: »Solche sachlichen Differenzen konnte man bereinigen, aber die persönlichen Differenzen, die sich durch diese Personifizierung ergeben haben, waren unbereinigbar. Das ist betäublich und traurig gewesen.«

Meines Erachtens kommt dem aufgrund komplexer »psychologischer« Implikationen nur mühevoll und wohl auch unbefriedigend ausdifferenzierenden Konfliktmuster »Vater-Sohn-Konflikt«, verstanden als Generationen- und Nachfolgeproblem, große Bedeutung zu. Mit dieser Betrachtungsweise sind allerdings die Grenzen der Interpretation des Konfliktes insgesamt abgesteckt oder zumindest enger gezogen. Innerhalb der SPÖ brachen parallel zur immer größer werdenden Kluft zwischen dem alternden Sonnenkönig und seinem vitalen Kronprinzen »Stellvertreterkonflikte« auf, die sich den Verortungen »Generation« und »Ideologie« teilweise entzogen haben und innerhalb der SPÖ noch lange nach Kreiskys Abschied von der Macht fortwirkten. Protagonisten der »Kreisky-Generation« hatten demonstrativ Partei für Androsch ergriffen und den Konflikt, unabhängig von sachpo-

litischen Übereinstimmungen mit dem Finanzminister sowie dem – von einem intransigenten Kreisky nicht mitgetragenen – Bemühen, Androsch der Partei als »Hoffnungsträger« zu erhalten, um die Facette der »Begleichung alter Rechnungen« erweitert.

»Ideologie« spielte eine untergeordnete Rolle. Die Verortung des Konfliktes/der Konflikte auf der »Links-rechts-Achse«, auf welche das »moralische« Deutungsmuster, welches insbesondere vom »Kreisky-Lager« bemüht wurde, übertragen wurde, bewerte ich als einen – im an Komplexität reichen Prozess der Eskalation der sich baldenden, um Einfluss ringenden und um die Zuneigung des Publikums buhlenden Duumvirn – durchaus als gelungen zu bezeichnenden Versuch der »Linken«, den »rechten« Kreisky als »linke Symbolfigur« zu stilisieren, um die Politik der SPÖ weiter nach »links« zu rücken und, damit einhergehend, Androsch als »rechte Symbolfigur« zu stigmatisieren.

Anton Pelinka hat darauf aufmerksam gemacht, dass »durch das Hochspielen, durch das Ideologisieren, durch das Instrumentalisieren« des Kreisky-Androsch-Konflikts »die notwendige Einsicht in die Grenzen des politisch Machbaren noch einmal vertuscht« werden konnte. In der Ära Kreisky seien die Grenzen der Politikfähigkeit einer Reformregierung deutlich geworden, weshalb es notwendig geworden sei, eine Antwort auf die Frage zu finden, warum »Anspruch und Wirklichkeit der regierenden Sozialdemokratie auseinander klafften. Und weil die strukturelle Antwort versäumt worden war – der Hinweis auf die Grenzen der Gestaltungsfähigkeit insbesondere im Bereich des »Unterbaues«, da erfüllte der Konflikt zwischen Kreisky und Androsch die Funktion des Erklärens« (Pelinka). Somit war diese emotional hoch aufgeladene »Personaldebatte« auch ein Indikator für eine Transformationskrise und einen Paradigmenwechsel der Sozialdemokratie.

Vor dem Hintergrund des Kreisky-Androsch-Konflikts hatte sich seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre evolutionär

ein weiterer »Stellvertreterkonflikt« entfaltet, jener zwischen Androsch und seinem ehemaligen Mitarbeiter Franz Vranitzky, der 1986 Kanzler wurde. Kreisky und Androsch standen innerhalb des Spektrums der Sozialdemokratie »rechts«, Vranitzky ebenso. Solange Kreisky der Auffassung war, Vranitzky sei ein »Androsch-Mann«, ging er mit ihm und seiner Politik hart ins Gericht, erst als der Bruch zwischen Vranitzky und Androsch offensichtlich wurde, bahnte sich eine Annäherung zwischen Kreisky und Vranitzky an. Die Ursachen von Kreiskys Hader mit Sinowatz und später mit Vranitzky waren vielfältig, der emotionale Referenzpunkt war, von Ausnahmen abgesehen, Hannes Androsch. Zunächst befürchtete Kreisky Androschs mögliche Rückkehr in die Politik, später die Fortsetzung der Politik seines Widersachers durch den Nachfolger Vranitzky.

### ALLTÄGLICH?

Der Zwist zwischen Kreisky und Androsch war in vielerlei Hinsicht ein sehr »alltäglicher« Konflikt zwischen zwei Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Prägungen, getragen von Neid, Eifersucht, Furcht, Enttäuschung und letzten Endes auch von Hass. Nach Jahren der engen, ja freundschaftlichen Kooperation verdunkelte sich die persönliche Beziehung und es kam zum Bruch. Die Ursachen wurden von Kreisky und Androsch, es sei nochmals wiederholt, unterschiedlich rationalisiert. Diese Rationalisierungen hatten eine »Geschichte«, sie wurden im Zuge der Zuspitzung des Konflikts/der Konflikte »entwickelt«, im »Rückblick« verstärkt und schließlich »zementiert« und tradiert.

Kreisky, der nicht müde wurde, seinem vom »Ziehsohn« zum fordernden Widersacher gereiften Finanzminister neben Illoyalität, Größenwahn und Machtrausch vor allem auch Prinzipienlosigkeit vorzuwerfen, begründete sein jahrelanges Bemühen, Androsch auf der Regierung zu verabschieden, kausal mit der Unvereinbarkeit zwischen der Funktion des Finanzministers und der geschäftlichen Expansion der »Consultatio«.

Androsch negierte dieses Erklärungsmuster und behauptete, Kreisky habe die »Eigenständigkeit« seines Vizekanzlers nicht ertragen und wäre auch mit der zunehmenden Popularität Androschs nicht zu Rande gekommen. Die Diskussionen über die »Consultatio«, über Androschs Villenfinanzierung und dessen »Lebensstil« seien von Kreisky lediglich instrumentalisiert worden. Die Ursache des Konfliktes führte Androsch kausal auf ernsthafte sachpolitische Differenzen zurück.

Wahrscheinlich handelt es sich bei beiden Interpretationen – auch – um so genannte »Deckerinnerungen«, worunter Erinnerungsbilder verstanden werden, die nur einen gewissen Teil der erinnerten Ereignisse wiedergeben.

Mit einem einzigen Schwerthieb, geführt von der sicheren Hand der Gewissheit, wonach dieser dramatische Konflikt ursächlich vor dem Hintergrund »handfester« sachlicher Auffassungsunterschiede zu entschlüsseln bzw. ursächlich auf ein einziges »Konfliktmuster« zurückzuführen sei, ist unser Knoten sicher nicht zu durchschlagen. Mein Interpretationsversuch des Kreisky-Androsch-Konflikts, der als Steinbruch zeitgeschichtlicher und politikwissenschaftlicher Fragestellungen wohl noch lange fruchtbar sein wird, definiert sich exklusiv über den Zusammenfall der einzelnen Konfliktmuster und nur über diesen Zusammenfall, wenngleich die einzelnen Faktoren in unterschiedlicher »Schärfe«, teils zu unterschiedlichen Zeitpunkten, teils parallel, zur Wirkung kamen. 

#### **CHRISTIAN DICKINGER**

ist Politikwissenschaftler, Autor mehrerer Bücher ([www.christian-dickinger.com](http://www.christian-dickinger.com)), Vizebürgermeister der Stadt Gmunden und SPÖ-Geschäftsführer im Salzkammergut. 2010 erschien »Der Kreisky-Androsch-Konflikt. Versuch einer Annäherung«, Aufsätze zu diesem Thema erschienen 1998 in der »sws-Rundschau« (Heft 1, S. 73-98) sowie in Dickingers Buch »Die Skandale der Republik«, Wien 2001, S. 97-117.



**WEEGEE  
RETROSPEKTIVE  
1932-1960**

WIR RASTEN WO WIR KÖNNEN © WEEGEE/CP, UM 1941





# Wie ticken die Salzburger?

Untersuchung der Salzburger Sozialstruktur mit den Kriterien der Sinus-Milieus.

Jede gesellschaftliche Struktur wird grundsätzlich entlang der objektiven Kriterien von Alter, Geschlecht, Bildung oder Einkommen beschrieben. Ergänzt wurde dies traditionell mit der Kategorie »Klasse« oder »Schicht«, die entweder nach der Stellung im Produktionsprozess oder einkommens- bzw. bildungsorientiert definiert wurden. Die Beschreibungen entlang von Alter, Bildung, Einkommen bilden weiterhin eine deskriptive Basis, um die Sozialstruktur von Gesellschaften beschreiben zu können.

Die traditionelle Ergänzung durch die Kategorien von »Klasse« oder »Schicht« hat ihre Erklärungskraft allerdings weitgehend eingebüßt. Seit 1945 haben zahlreiche Entwicklungen zu einer starken Differenzierung der Gesellschaft geführt. Die Stellung im Produktionsprozess ist nicht mehr konstitutiv für die individuellen Lebenswelt, da Wahlmöglichkeiten und Identifikationspotentiale entstanden sind. Verantwortlich dafür sind der Anstieg bei den Einkommen der letzten fünfzig Jahre, der höhere Bildungsgrad, die Entstehung einer Freizeit- wie auch Konsumgesellschaft, die Entwicklungen der verschiedenen Jugendkulturen, soziale Bewegungen – und viele weitere Aspekte.

Konkret: Schlosserlehrlinge in einem Industriebetrieb waren früher in einer weitgehend homogenen Arbeiterkultur sozialisiert, die Lebenswege waren in einem hohen Ausmaß ident. Heute existieren für diese Lehrlinge vielfältige unterschiedliche Lebensstile, die sie wählen können – und sie identifizieren sich deutlich geringer über ihre Stellung als »Arbeiter«, sondern über individuell gewählte Lebensstile. Teil der »Arbeiterklasse« oder einer bestimmten Bildungsschicht zu sein determiniert Lebensstile kaum mehr. Seit den 1970er Jahren gibt es daher den Versuch einer »Lebensstilsoziologie«. Nicht objektive Verhältnisse sollen herangezogen werden, um

Gesellschaft zu beschreiben, sondern gemeinsame Verhaltensweisen oder Wertmuster von Gruppen, die selbst über kein übergeordnetes Bewusstsein als »Gruppe« verfügen. Es geht dabei um einen Versuch, die Differenzierung der Gesellschaft durch »Milieubeschreibung« – gemeinsame Lebensauffassungen und Lebensweisen – abzubilden.

Seit Beginn der 1980er Jahre wurden in Deutschland von Sozialwissenschaftlern die so genannten Sinus-Milieus entwickelt. Sie versuchen, durch Clusteranalysen auf Basis explorativer – quantitativer und qualitativer – Sozialforschung gesellschaftliche Milieus zu beschreiben und in ihrer Veränderung zu verfolgen. Die soziale Schicht wird dabei als Beschreibungskriterium nicht ausgeblendet. Die grundsätzliche Zuordnung funktioniert aber anhand von »Milieus«. Unterschieden wird grundsätzlich zwischen »traditionellen Milieus«, die an grundlegenden Wertmustern wie Ordnung, Hierarchien, Gemeinschaft, Pflichterfüllung hin zu den Milieus der so genannten Modernisierung orientiert sind. Diese Modernisierungsprozesse sind vor allem durch eine starke Individualität definiert. Veränderungsprozesse der letzten zehn Jahre werden unter »Modernisierung II« gefasst, die vor allem durch neue Synthesen, aber auch Multioptionalität gekennzeichnet ist.

Diese Sinus-Milieus sind inzwischen ein etablierter Bestandteil der Marktforschung, das vor allem von großen Unternehmen für ihre Produkteinführungen verwendet wird – und dadurch empirisch gut ausgetestet ist. In den letzten Jahren nahmen aber auch sozialwissenschaftliche Studien zu, die mit Hilfe der Sinus-Milieus gesellschaftliche Entwicklungen beschreiben. Mit der »Salzburger Milieulandschaft« wurde erstmals in Österreich versucht, eine regionale Sozialstruktur mittels der Sinus-Milieus abzubilden (dafür wurden 500 Interviews durchgeführt).

## SALZBURG IST ANDERS

»In Salzburg sind die Leute versnobt und halten sich für etwas Besseres.« Dieses böse Vorurteil scheint sozialwissenschaftlich gesehen nicht jeder Grundlage zu entbehren.

In Salzburg sind die traditionellen Milieus nicht stärker ausgeprägt als in ganz Österreich. Die Ergebnisse bestätigen eine geringfügig stärkere Orientierung an traditionellen Werten in Salzburg als in Gesamtösterreich – 23 % gegenüber 21 %. Gleichzeitig ist festzustellen, dass diese traditionalistischen Milieus längst auch in Salzburg nicht mehr eine Mehrheit der Bevölkerung integrieren. Die Wertelandschaft Salzburgs ist weitgehend ident mit der Österreichs und Deutschlands, die Annahme, dass Salzburg ein »konservatives Bundesland« sei, ist falsch, würde man diesem Begriff als Definition die Dominanz von Milieus, die traditionelle Werte pflegen, zugrunde legen.

Bemerkenswert in Salzburg ist, dass die typischen Milieus der Oberschichten deutlich überrepräsentiert sind. In Summe machen die Milieus mit dem Habitus der Konservativen, Etablierten und Performer 42 Prozent der Salzburgerinnen und Salzburger aus. In Österreich entfallen auf diese drei Milieus 24 Prozent der Bevölkerung. Die Milieus der Mittelschicht sind in vergleichbarem Umfang wie in Österreich vorhanden: 41 Prozent in Salzburg, 40 Prozent in Österreich), die Milieus der Unterschicht sind in Salzburg deutlich unterrepräsentiert (17 versus 35 Prozent).

Die Überrepräsentation der Milieus der Oberschichten wäre zu erklären, wenn die Oberschichten in Salzburg im Vergleich zu Österreich besonders stark präsent sind (in der Definition der Oberschicht bezieht sich Integral auf die Faktoren Haushaltseinkommen und Bildung). Der Unterschied beim durchschnittlichen Einkommen zwischen Salzburg und Österreich beträgt lediglich 0,4 Prozent. Für eine Erklärung der starken Präsenz der Milieus der Oberschicht, reicht dies bei weitem nicht aus.

## Überblick: Sinus-Milieus in Salzburg und in Österreich

(Alle Angaben in Prozent)

	Salzburg	Österreich
<b>Typische Milieus in denen traditionelle Werte konstituierend sind (Summe)</b>	<b>23</b>	<b>21</b>
Traditionelle	8	15
Konservative	15	6
<b>Typische Milieus in denen »Modernisierungs«-Werte konstituierend sind (Summe)</b>	<b>46</b>	<b>42</b>
Konsumorientierte Basis	3	9
Bürgerliche Mitte	14	15
Postmaterielle	14	9
Etablierte	15	9
<b>Typische Milieus in denen Werte der Neuorientierung konstituierend sind (Summe)</b>	<b>31</b>	<b>36</b>
Performer	12	9
Digitale Individualisten	6	6
Adaptiv Pragmatische	7	10
Hedonisten	6	11

Mit durchschnittlichem Einkommen und Bildung können diese Ergebnisse nicht erklärt werden. Allerdings gibt es »weiche« Hinweise auf ihre Richtigkeit. In der Literatur spiegelt sich seit langem die Kritik an einer Salzburger Kultur wider, in der sozialer Status vorgespielt werde. Aufbauend auf diesen Wahrnehmungen kann die Frage gestellt werden: Nehmen Personen in Salzburg, die ökonomisch den Mittelschichten angehören öfter den Habitus und die Werthaltungen der Oberschichten an? Und gilt dies auch für die Unterschichten? Zeigen Mittelschichtsleute den Habitus der Oberschicht? Präziser: Gibt es in Salzburg eine relevante Anzahl von Personen, die auf Grund ihrer Werte und Lebenseinstellungen zu den gehobenen Milieus gehören, obwohl die soziodemographischen Merkmale es nicht erwarten lassen?

Wenn dies der Fall wäre, müssten die von Integral ausgewiesenen Personengruppen der Salzburger Oberschichtsmilieus ein deutlich geringeres Durchschnittseinkommen ausweisen, als diese die österreichweit in diesen Milieus versammelten Personengruppen tun. Und dies ist auch der Fall: Rund zwei Drittel der Salzburger, die aufgrund ihres Habitus und ihrer Werthaltungen dem konservativen Milieu zugeordnet werden, haben ein Haushaltseinkommen unter 2500 Euro im Monat. Im österreichischen Schnitt ist das nur rund die Hälfte. Mehr als die Hälfte der Personen, die in Salzburg dem Milieu der Etablierten zuzurechnen sind, haben ebenfalls ein Haushaltseinkommen unter 2500 Euro im Monat; der Vergleichswert für Österreich ist deutlich niedriger.

Auch die Auswertung der Salzburger Oberschichtenmilieus nach Bildungsabschlüssen bestätigt die Überlegung. In Salzburg weisen sowohl das konservative als auch das etablierte

Milieu deutlich geringere Prozentsätze betreffend Personen mit höherer Bildung auf als es dieselben Milieus im österreichischen Durchschnitt tun.

### HISTORISCHEN PRÄGUNGEN AUF DER SPUR

Die Ergebnisse werfen natürlich die Frage auf, warum Salzburg über eine Milieulandschaft verfügt, die deutlich von der österreichischen abweicht. Wie bereits skizziert sind einfache ökonomische Determinanten auszuschließen. Die Salzburger sind weder reicher noch ärmer. Auch das Bildungsniveau erklärt den Unterschied nicht: Salzburger sind weder besser noch schlechter ausgebildet.

Das in dieser Studie entstehende Bild kann nur mit Faktoren abseits von Einkommen und Bildung erklärt werden. Uns erscheint es am plausibelsten auf Theorien der kulturellen Hegemonie zurückzugreifen. Darunter verstehen wir, dass bestimmte Sets von Meinungen, Werthaltungen sowie privaten und politischen Verhaltensweisen von großen Teilen der Bevölkerung geteilt werden. Die Überzeugungskraft solcher Sets hängt davon ab, ob es mit ihnen gelingt, verschiedene Ideen, Vorstellungen und Interessen zu einem logischen Ganzen zu verbinden. Jede gesellschaftliche Gruppe versucht dies mehr oder weniger bewusst, in dem sie die eigenen Interessen als gemeinsame Interessen von möglichst breiten Teilen der Gesellschaft darzustellen versucht. Dies geschieht nicht vor einem leeren Hintergrund.

Diese Versuche sind immer schon mit einer Landschaft an (konkurrierenden) Ideen und Vorstellungen konfrontiert, die in zurückliegenden Diskussionen und Erfahrungen entwickelt wurden. Tatsächlich geht es nur darum, die Überzeugungskraft bestehender Sets von Vorstellungen aufrechtzuerhalten oder auszudehnen. Und wenn nötig, sie an neue Gegebenheiten anzupassen. So wird um kulturelle Hegemonie gerungen. Antonio Gramsci verwendete für dieses zähe Ringen zwischen Lebensauffassungen und Ideologien den Begriff des Stellungskrieges. Er wollte damit verdeutlichen, dass es keine

freie Auseinandersetzung der Argumente zwischen den konkurrierenden Lebensauffassungen gibt, sondern diese sich teilweise über Jahrhunderte gefestigt hatten und nun kaum zu verschieben sind.

Wenn man dieses Verständnis als Hintergrund für die Salzburger Sondersituation heranzieht, werden die Ergebnisse immer besser nachvollziehbar. Wir erleben Salzburg immer noch als ein Land, in dem Werthaltungen einer (historischen) Oberschicht sehr starke Überzeugungskraft in der Gesellschaft haben. Und diese Überzeugungskraft hat sich nicht nur in den Köpfen der Menschen verankert, sondern auch in Architektur, Mode, Umgangsformen und Ähnlichem.

Worauf sind Salzburger heute stolz? Wie erklären Salzburger ihre Stadt oder ihr Land, wenn sie auf Urlaub sind? Die Bezugspunkte für diesen Stolz sind barocke Bauten, Mozart und die landschaftliche Schönheit. Die Identifikationsflächen sind zu bewahrende kulturelle Leistungen der Vergangenheit. Kein Wunder, dass Salzburger mit ihrem Habitus gern Teil dessen sein wollen. In der traditionsreichen Salzburger Kulturvereinigung waren laut letzter veröffentlichter Statistik 9.120 Menschen aller Schichten, vorwiegend aus dem Zentralraum Salzburg, Mitglieder, vor allem, um zu Karten für Konzerte für klassische Musik, Theater und Opern zu kommen. Die Berufsstatistik weist nur 13 Prozent davon für »akademische Berufe« aus.

Auch der Alltag wird durch diese historischen Bezüge beeinflusst, bin hin zur Mode. Eine führende Expertin für die heimische Modebranche hat eine Geschichte zu erzählen, die in das Bild passt. Sie erinnert sich, dass ein Salzburger Modehändler eine sehr hochwertige Modemarke in sein Sortiment aufnehmen wollte. Der internationale Konzern lehnte ab, da man normalerweise in Städten dieser Größe nicht präsent sei. Daraufhin wurden Vertreter des Konzerns durch den Salzburger Modehändler zu den Salzburger Festspielen eingeladen. Wenige Tage nach dem Besuch Salzburgs gaben die Vertreter

des Modekonzerns ihr Okay. Das Ambiente und die angetroffenen Personen machten klar, dass eine Präsenz in Salzburg Sinn mache. Seit damals spazieren Salzburger auch an Auslagen mit Kleidungsstücken dieser Marke vorbei.

## BEHARRUNGSKRÄFTE

Aber nicht nur Puppen in den Auslagen, auch auf den Straßen der Stadt tragen überdurchschnittlich viele Menschen teure Kleidung. Viele davon sind Besucherinnen und Besucher der Stadt. Salzburg zieht natürlich ein bestimmtes touristisches Milieu an. Im Land Salzburg gibt es mehr als 41.000 Betten (Sommer 2010) in Vier- und Fünfsternhotels, bei einer Gesamtbevölkerungszahl von rund 530.000. In der Stadt Salzburg verzeichnet man pro Tag (2011, Basis Jänner bis Oktober) 3.800 Nächtigungen in Hotels dieser Kategorie. Die tourismusnahen Dienstleistungsbranchen sind konfrontiert mit dieser Art von Touristen, die Branche passt sich natürlich preislich, aber auch kulturell an.

Der Tourismus in Salzburg hat die Möglichkeit dieser Wertschöpfung natürlich dem barocken Kern der Stadt und dem Umstand zu verdanken, dass die Salzburger Festspielen ein Publikum anziehen, das mit besonderer Kaufkraft ausgestattet ist. Die Salzburger Festspiele sind also ein wichtiges Glied in der Kette, aber warum wurden sie gerade in Salzburg etabliert? Dass die Salzburger Festspiele in Salzburg entstanden sind, hat natürlich ebenfalls viel mit der Geschichte der Stadt zu tun. Salzburg war Sitz eines Erzbischofs gewesen, an dessen Hof Musik gespielt wurde und in dessen Umgebung sich ein Talent wie Mozart entwickeln konnte. Und von Beginn an bezog sich das Festival auf die barocke Architektur der Stadt, wie die Salzburger Festspielen in ihren Festschriften betonen.

Auch die manifeste Architektur prägt Salzburg. Sie tut dies nicht nur optisch, sondern sie bestimmt auch das Verhalten der Salzburgerinnen und Salzburger mit. Seit Roger G. Barker geht man in der Architektursoziologie davon aus, dass gebaute

Umwelt soziales Verhalten mitprägt. Er nennt dies Behaviour-Setting. Pierre Bourdieu spricht der Architektur später die Fähigkeit zu, die Beharrungskraft soziale Strukturen zutiefst in den Raum einzuschreiben. In der Architektur behauptete sich die Macht, unbemerkt sich mit einem »Naturalisierungseffekt in den Körper einschreibend und von ihm Ehrerbietung« erzwingend, so Bourdieu. Es sind die Steine, welche die Individuen gelehrig machen, meint Michel Foucault.

Wir haben in Salzburg zwar eine überdurchschnittliche Stärke eines Oberschichts-Habitus gemessen. Aber zwei Dinge darf man nicht übersehen. Erstens: Auch wenn die dahinter liegende Lebenseinstellung die stärkste in Salzburg ist, so umfasst sie keineswegs die Mehrheit der Bevölkerung, die sich in vielen anderen, kleineren lebensweltlichen Zusammenhängen findet. Zweitens: Die kulturelle Hegemonie muss sich nicht banal in politische Vorherrschaft einer Partei übersetzen.

Die von uns gefundenen hegemonialen Werthaltungen sind vereinbar mit verschiedenen politischen Ausrichtungen. Stabilitätsorientierung, Bildungsbewusstsein, Anti-Radikalismus können Anknüpfungspunkte für verschiedene politische, auch emanzipatorische, Bewegungen sein. Die Milieulandschaften bilden nur den Untergrund, auf dem politische Programmatik entwickelt werden muss. Diesen Untergrund zu ignorieren, zu vereinfachen oder zu leugnen führt jedenfalls nicht zu Erfolg. Egal ob in Vorarlberg, Kärnten, Wien, Zürich, im Ruhrgebiet oder in Salzburg. 🍷

**KARIN HOFER**

arbeitet als Pressesprecherin in Salzburg.

**STEFAN WALLY**

ist Politikwissenschaftler in Salzburg.

Ihr Beitrag basiert auf einer im Rahmen der Neuen Forschungsgesellschaft erstellten Studie (n-fg.at).

**WEEGEE  
RETROSPEKTIVE  
1932-1960**

SOMMER, LOWER EAST SIDE © WEEGEE/ICF, UM 1937







Peter Pirker und  
Florian Wenninger (Hg.)  
**WEHRMACHTSJUSTIZ**  
Kontext, Praxis,  
Nachwirkungen  
Braumüller Verlag  
320 Seiten  
24,90 Euro

# Wehrmachtsjustiz

**Klaus Kienesberger bespricht** einen kürzlich erschienenen Tagungsband zur Wehrmachtsjustiz, mit dem Zeitgeschichte in einen aktuellen politischen Kontext gestellt wird.

In der Frage der Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure kulminierte in den vergangenen 15 Jahren die Debatte um den Umgang mit der österreichischen nationalsozialistischen Vergangenheit. Die politische Auseinandersetzung um die Opfer der Wehrmachtsjustiz offenbarte nicht nur, wie es die österreichische Öffentlichkeit, das Parteiensystem, die Medien etc. mit der Rolle Österreichs im Nationalsozialismus hielten und halten, sondern spricht viel grundlegendere, das individuelle Handeln betreffende Fragen an: Bis wohin bin ich bereit mitzugehen, bis wohin und nicht weiter? Ab wann bin ich bereit, mich dem System zu verweigern und wo beginnt Widerstand?

Diese auch für die Gegenwart hochpolitischen und -brisanen Fragen eignen sich nicht nur hervorragend für das Abklopfen humanistischer und durchaus linker Werthaltungen, sondern werden auf der Gegenseite für revisionistische und apologetische Propaganda herangezogen. Insofern war die Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz nicht nur von symbolisch, sondern durchaus auch praktisch außerordentlich hohem Wert.

Mit der vorliegenden Publikation, die auf den Beiträgen und Ergebnissen einer Tagung zur Geschichte der Wehrmachtsjustiz im Oktober 2009 fußt, kommt nicht »eine weitere« Zusammenschau der Geschichte der österreichischen Wehrmachtsdeserteure und ihrer Rehabilitierung auf den Markt. Der Band steht bewusst in einem politischen Kontext mit aktuellem Gegenwartsbezug. Wissenschaft wird in der Auswahl der Beiträge nicht um der Wissenschaft Willen betreiben, sondern stellt bewusst darauf ab, Bilder zu verändern. Deshalb finden sich unter den BeiträgerInnen nicht nur sämtliche bewährte ProponentInnen, die sich der NS-Militärjustiz

seit 1999 auf wissenschaftlicher und politischer Ebene höchst erfolgreich angenommen haben, sondern es wird eine Kontextualisierung in verschiedenen Dimensionen vorgenommen: zeitlich, räumlich und institutionell – und stellt deshalb auch landläufige Bilder der Erfordernis militärischer Disziplin in Frage, die durch Jahrhunderte hindurch geprägt wurden.

Besonders spannend sind in diesem Kontext die Beiträge der beiden angloamerikanischen Wissenschaftler Gerard Oram und Michael Bryant, die sich der Geschichte der Militärjustiz in Großbritannien und den USA widmen. Und es ist spannend zu erfahren, wie in einer noch nie dagewesenen kriegerischen Auseinandersetzung unter den beteiligten Kriegsparteien militär(un)rechtliche Spruchpraxis betrieben wurde. Insbesondere in Großbritannien wurde im Zweiten Weltkrieg das Wechselspiel zwischen Politik- und Militärapparat sichtbar: Es zeigte sich, dass mutige, in diesem Fall auch von einem linken Menschenbild motivierte Politik dazu beitragen konnte, selbst in der Auseinandersetzung mit Nazi-Deutschland die Wiedereinführung der Todesstrafe in der britischen Armee zu verhindern, dass demokratische Standards sich auch in einer Auseinandersetzung auf Gedeih und Verderb durchsetzten.

Die Publikation bietet auch aufgrund dieser Breite und aufgrund der Grenzüberschreitungen eine vielfältige Zusammenstellung und guten Überblick auch für jene, die erstmals mit der Geschichte der Militärjustiz in Berührung kommen. 🍷

**KLAUS KIENESBERGER**

ist Kommunikationswissenschaftler und ehrenamtlich für den Verein Gedenkdienst sowie die kommunikationshistorische Fachzeitschrift *medien & zeit* tätig.

**WEEGEE  
RETROSPEKTIVE  
1932-1960**

MORD IN HELL'S KITCHEN © WEEGEE/ICP, UM 1930



# Europa, Aufstände & Ökonomie



**Jürgen Habermas**  
ZUR VERFASSUNG EUROPAS

Jürgen Habermas verteidigt Europa gegen die sich ausbreitende Skepsis, der er ein neues überzeugendes Narrativ für die Zukunft der Europäischen Union entgegensetzt. Denkblockaden in Bezug auf die Transnationalisierung der Demo-

kratie räumt er aus dem Weg, indem er den Einigungsprozess in den langfristigen Zusammenhang der Verrechtlichung und Zivilisierung staatlicher Gewalt einordnet.

**SUHRKAMP VERLAG**, 129 Seiten, 14,40 Euro



**Arnim Regenbogen**  
CHRONIK DER PHILOSOPHISCHEN WERKE

Diese Chronik ist weit mehr als ein Nachschlagewerk, sie ist auch Lesebuch für philosophiegeschichtliche Entdeckungsreisen. Sie ermöglicht den Nachvollzug von Querverbindungen, die seit der Einführung des Buchdrucks und der damit verbundenen allgemein zugänglichen öffentlichen Verbreitung der Resultate philosophischer Erkenntnisse den Diskurs bestimmten.

**FELIX MEINER**, 639 Seiten, 70,00 Euro

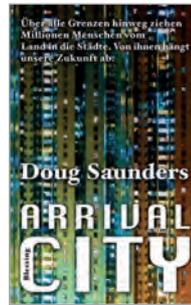


**Thomas Macho**  
VORBILDER

Vorbilder erinnern nicht, sie nehmen vorweg, sie evozieren, sie rufen ins Leben. Ihre Botschaften sind manchmal mehrdeutig wie die delphischen Orakelsprüche, doch immer streng: Sie demonstrieren, wie etwas eigentlich aussehen, erscheinen oder auftreten sollte

und sie faszinieren ihr Publikum als Maßstäbe, Phantasmen und Ideale.

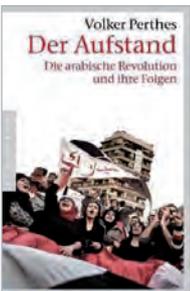
**WILHELM FINK**, 477 Seiten, 41,10 Euro



**Doug Saunders**  
ARRIVAL CITY

Wie funktioniert Migration in Städten? Die Ziele der Neuankömmlinge sind, egal aus welchem Land sie stammen oder in welche Stadt sie gehen, die gleichen. Doch ob sie Arbeit finden, soziale Netzwerke aufbauen, ihren Kindern Schulbildung und eine Zukunft ermöglichen können, hängt stark davon ab, ob die Stadt auf sie vorbereitet ist.

**BLESSING**, 576 Seiten, 23,60 Euro



**Volker Perthes**  
DER AUFSTAND

Erst in Tunesien, dann in Ägypten, dann in immer mehr Staaten der Region haben die Menschen im Nahen Osten und Nordafrika begonnen, ihr politisches Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Auch wenn 2011 zunächst nur einige Autokraten stürzten und die Mühen des Aufbaus demokratischer Staaten und Gesellschaften noch ausstehen, erleben wir eine Zeitenwende in der arabischen Welt.

**PANTHEON**, 223 Seiten, 13,40 Euro



**Tomáš Sedláček**  
DIE ÖKONOMIE VON GUT UND BÖSE

Sedláčeks Buch ist ein Gang durch die Welt der Ökonomie – vom Gilgamesch-Epos über das Alte Testament und Adam Smith bis zur Wall Street und zur Wirtschaftskrise. Und ganz nebenbei erfahren wir, warum die Sprache der Wirtschaft, die Mathematik, nicht wertfrei und kühl ist, sondern sogar verführerisch. Mit einem Vorwort von Václav Havel.

**HANSER**, 448 Seiten, 25,50 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

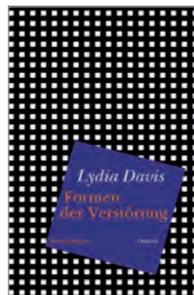
# Erinnerung, Schuld & Unschuld



**Julian Barnes**  
VOM ENDE EINER GESCHICHTE

Wie sicher ist Erinnerung, wie unveränderlich die eigene Vergangenheit? Als Adrian Finn in die Klasse von Tony Webster kommt, schließen die beiden Jungen schnell Freundschaft. Sex und Bücher sind die Hauptthemen, mit denen sie sich befassen, und Tony hat das Gefühl, dass Adrian in allem etwas klüger ist als er. Auch später, nach der Schulzeit, bleiben sie in Kontakt. Bis die Freundschaft ein jähes Ende findet.

**KIEPENHEUER & WITSCH**, 182 Seiten, 19,60 Euro



**Lydia Davis**  
FORMEN DER VERSTÖRUNG

Mit ihrer vierten Sammlung von Erzählungen schrieb sich Lydia Davis endgültig in die Reihe der Klassiker der Moderne ein. Ihre Themen sind überaus vielfältig: von den Irritationen bei der Betrachtung eines Säuglings, über die Vorbereitungen, die Kafka für ein Abendessen mit Milena trifft, bis zur Untersuchung einer Reihe von Briefen einer Schulklasse aus dem Jahr 1952 an einen kranken Mitschüler.

**DROSCHL**, 280 Seiten, 22 Euro



**Walter Boehlich**  
DIE ANTWORT IST DAS UNGLÜCK DER FRAGE

Walter Boehlich (1921–2006) prägte als Chefflektor im Suhrkamp Verlag und später als Autor, Herausgeber und Übersetzer den deutschen Literaturbetrieb. Aus Anlass seines 90. Geburtstags erscheint eine Auswahl seiner Schriften. Sie zeigen einen Anwalt der Literatur, der nur höchste Maßstäbe gelten ließ. Seine Strenge war gepaart mit Leidenschaft und Liebe zu Autoren.

**S. FISCHER**, 704 Seiten, 26,80 Euro



**William H. Gass**  
DER TUNNEL

Bisher wurden von William H. Gass, einem der großen US-Autoren, nur kleinere Texte übersetzt. Der Tunnel aus dem Jahr 1995, an dem er 30 Jahre schrieb, ist sein Hauptwerk. William Frederick Kohler, Professor an einer Universität im Mittelwesten, hat sein Magnum Opus vollendet: Schuld und Unschuld in Hitlers Deutschland. Was noch fehlt, ist die Einleitung: ein Kinderspiel?

**ROWOHLT**, 1096 Seiten, 38 Euro



**Barbara Bongartz**  
DIE SCHÖNEN UND DIE REICHEN

Was als »Dallas in Bayreuth« beginnt und über die Côte d'Azur und Berlin zu einem Finale in Florenz führt, erzählt von zwielichtigen Charakteren, von Demütigung, Überlebenswillen und der Droge Erfolg sowie dem verzweifelten Versuch, mithilfe von Geld sich und sein Leben zu behaupten. Barbara Bongartz ist ein lesenswerter deutscher Gesellschaftsroman gelungen.

**WEISSBOOKS.W**, 316 Seiten, 20,50 Euro



**Felix Philipp Ingold**  
ALIAS ODER DAS WAHRE LEBEN

Was fängt man mit der Hinterlassenschaft eines verstorbenen Freundes an? Mit unbeantworteten Fragen? In der suchenden und tastenden Lebensbeschreibung des wolgadeutschen Kirill Bergerow alias Carl Berger entwirft der Autor eine weitläufige, halb Europa und ein halbes Jahrhundert durchmessende Existenz, die bei ihren Verwerfungen und Brüchen kaum noch auf den Punkt zu bringen ist.

**MATTHES & SEITZ BERLIN**, 330 Seiten, 38 Euro

# Standard & Poor's und die Austeritätspolitik

**P**aul Krugman bezeichnet Ratingagenturen als Teil eines zutiefst korrupten Systems. Aus dieser Analyse die richtigen Konsequenzen zu ziehen, wäre um so wichtiger, als auch öffentliche Unternehmen und Staaten dem Rating der drei großen Ratingagenturen, die einen Marktanteil von weltweit mehr als 90% haben, unterliegen. Wurden 1975 nur fünf Staaten durch die Agenturen bewertet, so waren es 1990 bereits 68, 2000 bereits 191, und seit 2002 sind es alle Staaten. Ratingagenturen sind im privaten Besitz und erfüllen dennoch hoheitliche, regulatorische Aufgaben – diese Kompetenzen wurden an sie übertragen.

So hatte es Roosevelt, der in den 1930er Jahren das Finanzsystem streng reguliert hatte, verabsäumt, eine staatliche Behörde für die Bewertung der Kreditwürdigkeit zu schaffen. Hoheitliche Aufgaben wurden an private Agenturen übertragen und ihrer Interessensverbindung mit der Finanzindustrie überlassen. Die Ratingagenturen haben nicht nur entscheidend die Finanzkrise mit verursacht, sie haben auch seit 2010 die ohnehin angespannte Lage der Peripherieländer des Euroraums wesentlich verschärft, indem sie eine wichtige Rolle bei der Unterminierung der Glaubwürdigkeit der vereinbarten Rettungspakete gespielt haben.

Standard & Poor's hatte Mitte Jänner zu einem Rundumschlag ausgeholt und gleich neun Euroraumländer herabgestuft, darunter Frankreich und Österreich, die ihr Triple A verloren haben, eine Bewertung, die Österreich 1975 zuerkannt wurde. Aufsehen erregt hatte Standard & Poor's etwa 2004, als es Deutschland mit einer Herabstufung der Kreditwürdigkeit drohte, falls Hartz IV nicht umgesetzt wird. Interessengeleitete, ideologisch oder politisch motivierte Bewertungspraktiken gehören zum Repertoire dieser »Masters of the Universe«. Sie treiben die Politik vor sich her, wobei Wohlverhalten und vorausseilender Gehorsam nicht immer bedankt werden.

Die Ratingagentur Fitch hat im Mai 2010 Spaniens Kreditwürdigkeit herabgestuft. Die Begründung war, dass die Sparanstrengungen der spanischen Regierung, die die Agentur zuvor eingefordert hatte, das Wirtschaftswachstum reduzieren würden. Ähnlich begründet Standard & Poor's seine Entscheidung, Österreich (und auch Frankreich) die Bestnote zu entziehen und andere Euroraumstaaten herabzustufen. Neben Begründungen, die sich auf die spezifische österreichische Situation beziehen, wie beispielsweise das Osteuropaengagement der heimischen Banken, heißt es, die Europäische Union habe eine falsche Diagnose der Probleme Europas gestellt. Es sei nicht primär die hohe Staatsverschuldung der Peripherieländer, sondern es sind die makroökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Euroraumländern, die die Stabilität der Währungsunion bedrohen. Die Europäische Union hätte angesichts dieser Problematik keine adäquaten und nachhaltigen Maßnahmen gesetzt. Die aus der Fehldiagnose abgeleiteten Rezepte, bei denen die Austeritätspolitik eine tragende Rolle spielen, würden Wachstums- und Zukunftsperspektiven dämpfen und über diesen Weg Konsolidierung der Staatshaushalte erheblich erschweren.

Wengleich Medien und Politik anderes suggerieren, verfügt Österreich über vergleichsweise solide Staatsfinanzen. Nachdem die Staatsschuldenquote zwischen 1999 und 2007 von 67% auf 60% reduziert werden konnte, ist sie ausschließlich krisenbedingt um 12 Prozentpunkte auf 72% (2011) angestiegen. Im Euroraumdurchschnitt betrug dieser Anstieg hingegen 20, in den USA gar 30 Prozentpunkte. Neben einer weiteren Destabilisierung der Peripherieländer durch eine Deflationspolitik ist die Konsolidierung des österreichischen Staatshaushalts vor allem durch eine wiederum konsolidierungsbedingte Wachstumsabschwächung gefährdet. Eine Verschärfung des Sparkurses wäre kontraproduktiv. 

**HELENE SCHUBERTH**  
arbeitet als Ökonomin in Wien.



# ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden  
& einsenden an:  
edition rot GmbH  
Löwelstraße 18  
1014 Wien

Ich bestelle  ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro  
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort/PLZ: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

